

Mittelstands Magazin

www.mit-magazin.de

G 1480

11

2015

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Interview mit MIT-Chef
Carsten Linnemann

UNTERNEHMEN

Frauenquote
Pro und Kontra

SERVICE

Leserreise führt
nach Griechenland



FLÜCHTLINGSKRISE
Politik muss
konsequenter handeln

DIE SEAT FLOTTE.

Fuhrparklösungen nach Maß.



Der SEAT Leon ST
inkl. Business-Paket
Reference

ab **195 €**
pro Monat¹



TECHNOLOGY TO ENJOY



Egal ob Gewerbekunde, Großkunde oder gewerblicher Sonderabnehmer: Bei SEAT gibt es für jeden individuellen Anspruch das richtige Fahrzeug oder auch die ganzheitliche Flottenlösung. Und das bei besonders günstigen Leasingraten und Betriebskosten. Kein Wunder, dass die SEAT Modelle Preise in Serie sammeln. Vor allem, wenn Fuhrparkmanager in der Jury sitzen: So wurden der SEAT Leon ST und der SEAT Alhambra 2015 erneut als „Firmenauto des Jahres“ ausgezeichnet.² Ein klares Zeichen für die Zuverlässigkeit, Flexibilität und Effizienz der SEAT Flottenlösungen. Weitere Informationen erhalten Sie telefonisch unter 06150 1855-500 oder per E-Mail an: firmerkunden@seat.de.

Kraftstoffverbrauch SEAT Leon ST 1.6 TDI, 81 kW (110 PS): innerorts 4,7, außerorts 3,6, kombiniert 4,0 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 103 g/km. Kraftstoffverbrauch der abgebildeten Fahrzeuge der SEAT Flotte: kombiniert 7,1–3,4 l/100 km; CNG: kombiniert 2,9 kg/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 167–79 g/km. Effizienzklassen: E–A+. Kraftstoffverbrauch SEAT Leon ST: kombiniert 6,8–3,4 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 158–89 g/km. Kraftstoffverbrauch SEAT Alhambra: kombiniert 7,3–5,0 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 168–130 g/km.

SEAT.DE/FIRMENKUNDEN

¹Der SEAT Leon ST Reference 1.6 TDI, 81 kW (110 PS), Start&Stop, auf Grundlage der unverbindlichen Preisempfehlung von 19.394,96 € + Sonderausstattung 920,17 €, zzgl. Überführungskosten und MwSt.: 195,00 € monatl. Finanz-Leasingrate bei 36 Monaten Laufzeit und jährlicher Laufleistung von 20.000 km. 0 € Sonderzahlung. Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Straße 57, 38112 Braunschweig. Dieses Angebot ist nur für gewerbliche Kunden mit Großkundenvertrag und nur vom 01.07. bis zum 31.12.2015 gültig. Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag bei der SEAT Leasing, Bonität vorausgesetzt. ²Firmenauto des Jahres 2015, Firmenauto 05/2015, SEAT Alhambra in der Kategorie „Maxivans“, SEAT Leon ST in der Kategorie „Bestes Importfahrzeug, Kompaktklasse“. Das abgebildete Fahrzeug enthält Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

Flüchtlinge: Wir müssen konsequenter handeln!

Der rasant angestiegene Zustrom von Flüchtlingen in diesem Jahr bedeutet für alle eine große Herausforderung. Sind nun diese Flüchtlinge auch eine „Bereicherung“ für unsere Gesellschaft? Sind sie gar eine Chance, unsere demografischen Probleme, unseren Fachkräftemangel zu lösen? Lassen sie ein "neues Wirtschaftswunder" erwarten, so wie es Daimler-Chef Zetsche äußerte?



Foto: Jördis Zähning

Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Arbeit können im Durchschnitt nur 10 Prozent der Flüchtlinge schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Die zweite Wahrheit: Wenn man die Flüchtlinge aus den sicheren europäischen Herkunftsländern ohne Bleibeperspektive außer Betracht lässt, ist festzustellen, dass die überwiegende Mehrheit aus islamischen Ländern stammt, darunter aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Eritrea, Nigeria und Pakistan. Diese Länder sind nicht nur islamisch geprägt, sondern diktatorisch geführt. Wir müssen also davon ausgehen, dass viele dieser Flüchtlin-

Die erste Wahrheit: Nur die wenigsten Flüchtlinge sind der deutschen Sprache mächtig. Das Qualifikationsniveau ist im Durchschnitt deutlich niedriger als bei der einheimischen Bevölkerung. Laut Bundesagentur für

ge keine realistische Vorstellung von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freiheitlicher Ordnung haben. Von gesellschaftlicher Liberalität und Toleranz ganz zu schweigen. Und viele wissen nicht und wollen nicht, dass Rechtsstaatlichkeit über religiösen Gesetzen wie der Scharia steht.

Doch das stille Einvernehmen über einen nicht verhandelbaren Wertekanon ist für unsere freiheitliche Demokratie und für unsere gesellschaftliche Ordnung von zentraler Bedeutung. Je größer der sozio-kulturelle Unterschied der zuwandernden Gruppen zum Aufnahmeland und je größer der Zustrom, desto schwieriger wird es, ein solches Einvernehmen herzustellen.

Unsere Kräfte sind groß, aber nicht unendlich. Die Begrenzung des Zuzugs muss daher höchste Priorität haben. Das heißt: So lange die europäischen Außengrenzen nicht dicht sind, brauchen wir in Deutschland Grenzkontrollen und Zurückweisungen unberechtigt Einreisender. Unter anderem werden wir das Asylrecht europaweit harmonisieren müssen. Das heißt für uns: Wir werden unsere Standards runterschrauben müssen. Und wer ein Bleiberecht erhält, muss umgehend auf unsere Gesellschaft "trainiert" werden. Das heißt, der anerkannte Flüchtling muss lernen, dass es Regeln gibt, die unumstößlich sind und auch nicht wegen religiöser Werte gebrochen werden dürfen. Wenn wir in diesem Bereich versagen, droht unser Staat in seinen Grundfesten erschüttert zu werden. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass es so weit nicht kommt. Unser Land ist es wert!

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann



SCHIRMHERRIN

Flüchtlingspolitik neu geordnet

Um die Flüchtlingslage besser bewältigen zu können, hat das Bundeskabinett Aufgaben und Zuständigkeiten neu geordnet.

POLITISCHE GESAMTKOORDINATION

im Bundeskanzleramt

Chef - Peter Altmaier (CDU)

ständiger Vertreter - Staatsminister Helge Braun (CDU)

Stab „Flüchtlingspolitik“

LENKUNGSAUSSCHUSS „Bewältigung der Flüchtlingslage“

im Bundesinnenministerium zur Umsetzung der fachlichen, organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Aspekte

Leiterin - Staatssekretärin Emily Haber

Verantwortlichkeiten:

Innenministerium

- Recht und Gesetze
- Flüchtlingsaufnahme, Asylverfahren, Verteilung
- Rückführung
- Sicherheit
- Personal
- gesellschaftliche Integration
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ministerium für Arbeit und Soziales

Arbeit, Soziales, Gesundheit, Integration in den Arbeitsmarkt

Verteidigungsministerium

Unterbringung/ Liegenschaften

Verkehrsministerium

Transport

Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Übergangshilfe, Entwicklungszusammenarbeit

Finanzministerium

Haushalt/Finanzen

Bauministerium

Bauwesen

Auswärtiges Amt
humanitäre Hilfe, Krisenvorsorge

BUND-LÄNDER-KOORDINIERUNGSSTAB „Asyl und Flüchtlinge“

Leiterin - Staatssekretärin Emily Haber

Quelle: Bundeskanzleramt dpa-23174



8



14



19



23



27

POLITIK

- 3 EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann zur aktuellen Flüchtlingsproblematik
- 4 Unsere Seite-4-Karikatur**
- 6 Aus anderer Sicht**
Kolumne von Hugo Müller-Vogg
- 8 Wir haben uns neu aufgestellt**
Interview mit Carsten Linnemann – eine Bilanz nach zwei Jahren Amtszeit als Vorsitzender der MIT
- 12 Frauenquote Fluch oder Segen?**
Stolpersteine auf dem Weg nach oben
- 18 Eine schwere Prüfung für Europa**
Interview mit dem Europaabgeordneten Sven Schulze
- 19 Ein Schwarzbuch gegen Verschwendung**
Bund der Steuerzahler nennt 130 neue Beispiele

UNTERNEHMEN

- 14 Gebt ihnen Arbeit, dann bleiben sie**
Ein aktueller Bericht über das Kosovo als Investitionsstandort für Mittelständler

SERVICE

- 20 Mediation – Angebot zur Konfliktlösung**
- 22 Bücher – für Sie gelesen**
- 23 Auto-Fahrbericht: Nissan X-Trail**
- 24 Steuertipp**

MIT-/ MU-INSIDE

- 25 MU-/ MIT-Inside**
- 34 Auf den Punkt gebracht**
Kolumne von MIT-Chefredakteur Günter F. Kohl
- 34 Impressum**
- 35 Unsere Leserreise: Griechenland**

Schnitt: zeitlos.

Kaufmännische Prozesse: up to date.

Mit Software von DATEV.



Für perfekt geschneiderte Kleidung muss man sein Handwerk verstehen. Genau wie für die Unternehmensführung. Ihr Steuerberater und die kaufmännische Software von DATEV sorgen für einfache und zuverlässige Prozesse in Ihrem Unternehmen – vom Angebot über die Rechnung bis zur fertigen Buchhaltung. So können Sie sich ganz auf Ihren Erfolg konzentrieren.

Informieren Sie sich auf www.datev.de/up-to-date oder unter 0800 1001116.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Ein „Sondertarif“ für Flüchtlinge schafft nur Probleme

Von Hugo Müller-Vogg

Wie haben die Mindestlohn-Befürworter in den letzten Monaten gejubelt! Trotz der per Gesetz verteuerten einfachen Arbeiten jagt einen Beschäftigungsrekord den anderen. Damit wäre der Beweis erbracht, dass der Mindestlohn keine Arbeitsplätze vernichtet.

Das stimmte schon bisher nicht ganz, weil der Mindestlohn zahlreiche Minijobs vernichtet hat – und damit Verdienstmöglichkeiten für Studenten, Hausfrauen oder Rentner. Doch die wohlklingende These von dem unschädlichen Mindestlohn wird jetzt einem Härtestest unterzogen, weil mehrere Hunderttausend Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt drängen. Denn anders, als manche Medien suggerieren, kommen nicht überwiegend hoch qualifizierte Menschen zu uns. Nur jeder Zehnte ist am Arbeitsmarkt einsetzbar oder wenigstens ausbildungsfähig.

Um die Chancen von Neuankömmlingen etwas zu verbessern, fordert die Wirtschaft, den Mindestlohn von 8,50 Euro für diesen Personenkreis zu senken. Ein Vorschlag mit sozialem Sprengstoff. Bei unterschiedlichen Mindestlöhnen könnte es zu einem Verdrängungswettbewerb kom-

men: Die „billigeren“ Ausländer würden den „teureren“ Deutschen den Job wegnehmen. Das wäre ein Konjunkturprogramm für Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Ein „Sondertarif“ für Flüchtlinge hätte noch einen weiteren negativen Effekt. Sollte sich in den Lagern in der Türkei, im Libanon oder Jordanien erst einmal via Smartphone herumsprechen, dass der deutsche Arbeitsmarkt einen Sondereingang für Flüchtlinge öffnet, würde das den Zustrom sogar noch verstärken.

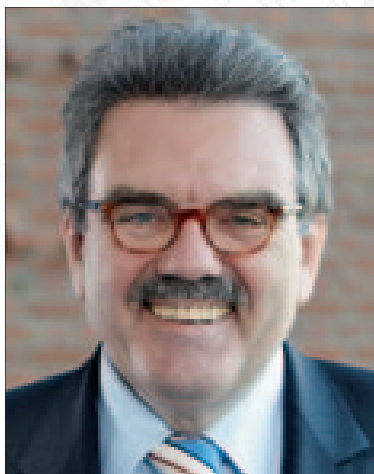


Foto: Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“. Häufiger Gast von Talk-Runden. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg


Warum gehen wir nicht ganz pragmatisch an die Sache heran? Denn schon jetzt gilt: Wer länger als ein Jahr arbeitslos war, darf bis zu 12 Monate für weniger als 8,50 Euro beschäftigt werden. Danach stehen auch ihm oder ihr 8,50 Euro zu. Wir könnten doch Flüchtlinge den Langzeitarbeitslosen gleichstellen. Wenn Arbeitgeber sie für eine befristete Zeit unterhalb des Mindestlohns erproben und dabei qualifizieren, haben beide Seiten etwas davon: Der Zuwanderer hat eine Chance und der Staat spart einen Teil der ohnehin fälligen Hartz IV-Leistungen.

Noch etwas. Muss in Flüchtlingsunterkünften das Bettgestell von THW-Kräften zusammengeschaubt, das Essen von Caterern gebracht und die Kleiderkammer von ehrenamtlichen Helfern betrieben werden? Warum schafft der Staat hier keine 1-Euro-Jobs, um die auf ihr Asylverfahren wartenden Menschen sinnvoll zu beschäftigen? Das wäre zudem eine erste Qualifizierungsmaßnahme. Ein Mittel gegen die lähmende Langeweile zum Nichtstun verurteilter Menschen wäre es obendrein. Das diente auch dem sozialen Frieden – jedenfalls mehr als ein zugunsten von Flüchtlingen gespaltenen Mindestlohn.

Gefühlt: verbunden mit der Welt.

Der neue Audi A4 Avant mit schneller LTE-Datenverbindung für die Onlinedienste von Audi connect und Audi smartphone interface für eine komfortable Integration per Smartphone.* Fortschritt spüren.



 / Audi Deutschland

*Sonderausstattung gegen Mehrpreis erhältlich.

Vorsprung durch Technik

Audi



„Wir haben uns neu aufgestellt“

Exklusiv-Interview mit dem Vorsitzenden der MIT, Carsten Linnemann



Dr. Carsten Linnemann, MdB ist seit zwei Jahren Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Sie sind jetzt zwei Jahre Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU. Was haben Sie verändert?

Carsten Linnemann: Von Anfang an habe ich Wert darauf gelegt, dass wir uns nicht im Gestrüpp der vielen Themen verheddern, sondern unsere eigenen Schwerpunkte setzen und diese dann mit ganzer Kraft in unserer Partei, aber auch in der Fraktion, vertreten. Ziel war es immer, bei der Gesetzgebung ein Wörtchen mitzureden und auch

mitzugestalten. Und in vielen Fällen ist uns das ja auch gelungen.

Was genau würden Sie denn als eigene Erfolge verbuchen?

Linnemann: Wir haben den arbeitsrechtlichen Teil der Flexi-Rente umgesetzt, so dass es Arbeitgebern nun möglich ist, Menschen im Rentenalter weiter zu beschäftigen. Dann kann es die MIT für sich verbuchen, dass zum 1.1.2016 die Kalte Progression beseitigt wird. Da haben alle MIT-Gliederungen mitgezogen und eine tolle

Zusammenarbeit geleistet. Auch haben wir bei der Mindestlohnbürokratie bereits erste Korrekturen durchsetzen können. Im Bereich Startups und Wagniskapital haben wir als MIT ebenfalls erste Erfolge erreicht und uns inzwischen auch in der Startup-Szene einen Namen gemacht. Daneben hat die MIT auch viele wichtige Debatten angestoßen, wie z. B. die Forderung nach einer Staateninsolvenzordnung. Mittlerweile hat sogar der Sachverständigenrat nachgezogen. Unterm Strich verfügt die MIT in vielen Kreisen über hohe Glaubwürdigkeitswerte.

Trotzdem sind ja viele enttäuscht von der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition.

Linnemann: In der Tat! Eine Große Koalition müsste große Themen angehen und große Probleme lösen. Doch bei den wichtigsten Handlungsfeldern der nächsten Jahre - Demografie und Digitalisierung - bewegt sich diese Koalition nur in Trippelschritten voran oder gar - wie bei der Rente mit 63 - mit großen Schritten rückwärts. Erschwerend kommt jetzt die Flüchtlingsproblematik hinzu, die derzeit alles überlagert. Allerdings muss man ehrlicher Weise auch zugestehen, dass dieses Thema eine übergroße Bedeutung hat. Von der Frage, ob und wie wir sie bewältigen, hängt nicht zuletzt auch die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ab.

Manche meinen auch, die MIT müsste viel öfter „Nein“ sagen.

Linnemann: Ja, diese Meinung gibt es durchaus. Und der Applaus

der eigenen Leute ist einem bei so einem Politikstil auch sicher. Aber wahr ist auch, dass sich auf diese Weise nur wenig bewegen lässt. Da schafft man sich schlimmstenfalls nur neue Hürden - und erreicht gar nichts. Was aber nicht bedeutet, dass man nicht auch hartnäckig sein und klare Kante zeigen muss. Bei der Abschaffung der Kalten Progression hat uns eine solche Hartnäckigkeit letztlich weiter gebracht. Ein anderer Fall ist hingegen Griechenland: Auch hier habe ich immer bei den Abstimmungen über neue Rettungspakete mit Nein gestimmt. Weil ich eben der festen Überzeugung bin, dass diese gegenwärtige Strategie grundfalsch ist. Da helfen keine Kompromisse, da hilft nur ein grundlegend neuer Ansatz.



Sie fordern für künftige Koalitionsverhandlungen eine sorgfältigere Vorbereitung der Union. Was meinen Sie damit?

Linnemann: Wir sind programmatisch schlecht vorbereitet in die letzte Wahl gegangen. Unser Programm war „Merkel“ und die Fortsetzung von schwarz-gelb. Und nur zu sagen, wir wollen die schwarze Null und keine Steuererhöhungen, ist schlicht zu wenig. Als dann die FDP plötzlich nicht mehr da war, saßen wir einer inhaltlich hoch gerüsteten SPD gegenüber, die genau wusste, was sie wollte. Ziel muss es daher sein, dass die Union bei der nächsten Bundestagswahl wieder mit klaren Reformforderungen für die Weiterentwicklung unseres Landes in den Wahlkampf geht. Das Wahlprogramm muss auf Parteitagen diskutiert und beschlossen werden - und eben nicht nur vom Bundesvorstand.

Das 10-Punkte-Programm der MIT, das nun als Leitantrag auf dem Bundesmittelstandstag zur Abstimmung



Foto: Jördis Zähning

„Für einige unserer Forderungen hat die Bundeskanzlerin bereits ihre Unterstützung signalisiert“



Carsten Linnemann bei einer Besprechung des Tagesprogramms in seinem Berliner Bundestagsbüro

steht, ist ja ein Versuch, wieder für Reformen zu werben. Wie stehen die Chancen für deren Realisierung?

Linnemann: Für einige unserer Forderungen hat die Bundeskanzlerin bereits ihre Unterstützung signalisiert, wie zum Beispiel für die Weiterentwicklung der Flexi-Rente. Auch unsere Vorschläge für eine digitale Agenda dürften gute Chancen für eine Mehrheit haben. Für andere Punkte wie die Wiedereinführung des Meisterbriefes in allen Gewerken, die Abschaffung des Soli oder den vollständigen Ersatz der Kfz-Steuer durch eine nutzerabhängige Maut, müssen wir wahrscheinlich noch länger Überzeugungsarbeit leisten.

Noch einmal zur MIT: Wie sehen Sie die Organisation im Vergleich zu vor zwei Jahren?

Linnemann: Die Organisation hat sich neu aufgestellt, und das ist auch optisch für jeden erkennbar:

Wir haben ein neues Logo und ein komplett neues Design, eine neue Homepage, neue Veranstaltungsformate und einen neuen Newsletter. Zudem haben wir erst vor wenigen Wochen eine neue Bundesgeschäftsstelle bezogen, die sich in der Nähe des Reichstags befindet und Anlaufstelle für unsere Mitglieder, aber auch für Vertreter von Bundes- und Landespolitik ist. Kurzum: In der MIT gibt es durchaus so etwas wie „Aufbruchsstimmung“.

Und nun wollen Sie auch noch den Namen ändern?

Linnemann: Wir merken bei jedem Brief und jeder Pressemitteilung, dass unser bisheriger Name viel zu lang und umständlich ist. Sogar bei internen Veranstaltungen bringen Redner den Namen oft nicht fehlerfrei über die Lippen. Statt „Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU“ schlägt der Bundesvorstand – übrigens einstimmig – vor, dass wir

künftig „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ heißen. Das ist kürzer und passt zu den Namen der anderen großen Unions-Vereinigungen. Zugleich bekennen wir uns weiterhin zu unserem Mittelstandsschwerpunkt, machen aber auch deutlich, dass wir die ganze Wirtschaft im Blick haben. Das Kürzel „MIT“ bliebe damit auch erhalten. Wir hoffen, dass wir für diese moderate Namensänderung eine Mehrheit bekommen. Die bisherigen Rückmeldungen sind fast durchweg positiv.

Und Sie haben noch weitere Änderungen in der Satzung vor.

Linnemann: Ja, wir wollen als Verband insgesamt schneller und effizienter werden. Mitglieder sollen deutlich schneller aufgenommen werden. Bei Anträgen und Beschlüssen wollen wir stärker mit elektronischen Verfahren arbeiten. Vorstand und Präsidium sollen via Telefon- oder Videokonferenz tagen können. In der Wirtschaft ist das längst üblich. Das wird natürlich die Ausnahme bleiben, aber wir sollten es satzungsrechtlich ermöglichen. Wir wollen auch den Bundesmittelstandstag verkleinern. Wobei sich in der Praxis vermutlich nicht viel ändert. Bislang sind 650 Delegierte vorgesehen – anwesend sind in der Regel unter 500. Auf diese Zahl wollen wir es in der Satzung begrenzen. Das verschafft uns neue Spielräume bei der Suche nach geeigneten und kosteneffizienten Veranstaltungsorten. Wir könnten dann besser planen und auch mal in Orten oder Bundesländern tagen, wo es jetzt gar nicht möglich ist. Das hat in der Satzungsreformkommission und im Bundesvorstand breite Unterstützung gefunden.



Linnemann ist begeisterter Fußballfan und Anhänger seines Heimatclubs SC Paderborn, dessen Abstieg in die 2. Bundesliga er sehr bedauert

Sie sind gerade mal 38 Jahre alt und haben es binnen Kurzem zu einer sehr beachtlichen Medienpräsenz gebracht, die natürlich auch auf den Wirtschaftsflügel, den Sie repräsentieren, abstrahlt. Wie macht man das?

Linnemann: Wie gesagt, ich konzentriere mich auf wenige Themen und bearbeite die aber richtig und konsequent. Ich habe klare Überzeugungen. Und natürlich funktioniert das alles nur mit der Unterstützung der ganzen Organisation: mit zahlreichen aktiven Mitgliedern und Gliederungen der MIT, die sich einbringen und mir wichtige Ideen und Hinweise geben und mit einem motivierten Team, das mich unterstützt.

gründen MIT DER IBB



Aus Begeisterung wird Business.

IBB für junge Unternehmen: Die Startup-Förderer in Berlin.

Sie haben eine innovative Idee für eine Unternehmensgründung – wir haben das Förderprogramm. Gemeinsam mit Ihnen entwickeln wir einen passenden Finanzierungsplan, damit Ihr Unternehmen zum nachhaltigen Erfolg wird. Sprechen Sie mit uns!

Telefon: 030 / 2125-4747
E-Mail: gruenden@ibb.de
www.ibb.de/gruenden

 **Investitionsbank
Berlin**

Leistung für Berlin.

Frauenquote Fluch oder Segen?

Eine Mentorin, die die Frauenquote aus einem anderen Blickwinkel sieht



Das Team vom Startup „Restlos glücklich“ posiert in Berlin anlässlich der Eröffnung seines Restaurants, in dem mit „geretteten Lebensmitteln“ gekocht wird. Die hier mitarbeitenden Frauen fürchten keine Quote

Von Doris Stempfle

Das Thema Frauenquote ist ein Streitthema ersten Ranges. Es weckt Emotionen über alle Parteigrenzen hinweg. Unter Frauen ist es ebenso umstritten wie unter Männern. Nahezu unumstritten ist eigentlich nur, dass Frauen oftmals anders führen als Männer, und deshalb ist es sinnvoll, genauer hinzuschauen, welche Stolpersteine Frauen daran hindern, in Führungspositionen optimale Leistungen zu bringen.

Die Feststellung, dass Frauen nicht immer berücksichtigt werden, wenn sich mehrere Frauen und Männer auf eine Führungsstelle bewerben, finde ich nicht richtig. Wer redet nach solchen Auswahlverfahren von den Männern, die

nicht zum Zuge kamen? Maßgebend für solche Entscheidungen sind letztlich die zu erfüllenden Kriterien oder die festgelegte Firmenphilosophie, die vom Bewerber vertreten werden muss. Egal ob Mann oder Frau.

Persönliche Stolpersteine prüfen

Es ist viel wichtiger, Frauen an den jetzigen Stellen abzuholen, um ihnen bewusst zu machen, woran es liegt, dass sie nicht in Führungspositionen geholt werden oder auch nicht in Führungspositionen aufsteigen wollen. Außerdem muss man manchen Frauen aufzeigen, dass sie durch ihre Veranlagung und ihre Gene so gesteuert sind, dass sie unter Stresssituationen oftmals nicht den Vorstellungen von einer Führungskraft entsprechen. Bei Männern ist es ebenso, aber die haben keine Quote. Um diese Vorstellungen und

Normen angehen zu können, ist es notwendig, die persönlichen Hindernisse und Stolpersteine (Veranlagungen und die daraus entstehenden Fähigkeiten) anzuschauen, damit zu arbeiten und sich zu entscheiden, ob es wirklich der individuell richtige Weg ist, in eine Führungsetage aufzusteigen.

Zu harmoniebedürftig

Die Veranlagungen können sein, dass sie mit Leib und Seele Familienmensch/Mutter sind und die Gedanken sich ausschließlich mit Familie und Heim beschäftigen. Solche Frauen beispielsweise zu Überstunden anzuhalten, ist mit Schwierigkeiten verbunden, da sie an die verlorene Zeit mit der Familie denken. Viele haben ein starkes Urvertrauen und verlassen sich gerne auf die Loyalität der Mitarbeiter. Sie sprechen

stets auf Augenhöhe und möchten gerne Mitglied des Teams sein. Sie mögen keine Hierarchien und möchten es allen recht machen. Sie sind harmoniebedürftig und können schlecht nein sagen, was dazu führen kann, dass Mitarbeiter solche Situationen schamlos ausnutzen.

No risk, no fun

Solche Eigenschaften sind zwar wunderbar für unser Zusammenleben. Sie stehen aber nicht unbedingt für zielorientiertes Führen, wie es in unserer Wirtschaft gefordert und erwartet wird. Es gibt natürlich auch Frauen, die sich durchsetzen können, die Mittel und Wege finden, um ihr Ziel zu erreichen. Sie besitzen kaum Hoheitsdenken, es sei denn, sie möchten etwas damit bezwecken. Wenn diesen Frauen einmal die Ideen ausgehen, sind sie kreativ und originell. Sie lassen sich nicht aus der Ruhe bringen, wenn mal etwas schief läuft. Sie sind sehr resilient. Sie finden einen neuen Weg, um an ihr Ziel zu kommen. Sie wissen, wie sie Menschen für sich begeistern können. Sie sind sehr präsent und haben keine Probleme mit dem Delegieren. Ihr Denken und Handeln ist lösungsorientiert und durchsetzungsstark, selten problemorientiert. Sie sind Pioniere und bewegen sich oft aus ihrer Komfortzone heraus. Ihr Leitspruch könnte lauten: No risk, no fun. Sie suchen die schnelle Lösung. Ihre Probleme liegen eher im Bereich der Unterordnung und darin, dass sie den Willen anderer nicht akzeptieren wollen oder können. Stets versuchen sie, ihren Kopf durchzusetzen.

Ordnungsliebend und korrekt

Und dann gibt es noch Frauen, die sehr weitblickend und vorausschauend handeln. Sie sind Pioniere im Denken, doch ohne sicheren und planbaren Weg geht bei ihnen nichts. Sie sind problemorientiert. Diese Frauen, die beständig, zuverlässig, ausdauernd, zäh, systematisch planend, ordnungsliebend und korrekt sind, haben hervorragende Voraussetzungen für eine gezielte Führung, aber es fehlt ihnen oft



Foto: fotolia.de

Stichwort Frauenquote: Seit Jahren heftig umstritten, positioniert sich unsere Autorin Doris Stempfle in einer ungeschminkten Klarheit, die sicher zum Widerspruch herausfordert

an Kreativität und Entscheidungskraft. Sie richten sich gerne nach Gesetzen und Richtlinien und handeln dadurch oftmals einengend und zwanghaft.

Stress durch Überforderung

Dies sind natürlich nur einige Eigenschaften, die bei Frauen und Männern vorhanden sind. Die in uns angelegten Muster und Veranlagungen beeinflussen unser Denken und Handeln. Und diese passen nicht immer zu dem Führungsstil, der uns abverlangt oder erwartet wird. Doch leider wird dies alles von den Befürwortern der Frauenquote nicht berücksichtigt. Es führt dann dazu, dass Frauen mit nicht passenden Veranlagungen per Quote auf eine Stelle gelangen, die sie mit ihren Fähigkeiten nicht bewältigen und ausfüllen können. Natürlich kann man sich in Seminaren Vorgehensweisen aneignen. Sollten diese Vorgehensweisen jedoch konträr zum Naturell der Führungskraft sein, wird diese sie in Stresssituationen nicht abrufen können. Im schlimmsten Fall können langfristige Krankheiten die Folge sein. (Burnout, Tinnitus usw.)

Wissen um die eigene Stärke

Jede Frau kann Führung übernehmen. Doch ohne Wissen der eigenen Stärken und Schwächen trainiert man sich Fä-

higkeiten an, die nicht als authentisch bei den zu führenden Personen ankommen. Deshalb kann die Frauenquote zu einem Desaster für die einzelne Frau, die Untergebenen und das Unternehmen führen, wenn Stellen mit Frauen besetzt werden, nur weil die Quote erfüllt werden muss. Frauen wissen sehr wohl, was sie wollen und benötigen dazu keine Quote. Wenn Frauen ihren Weg noch nicht genau kennen, sollten sie die Voraussetzungen dafür schaffen. Frauen, die die Erfolgsleiter emporsteigen wollen, bringen ihre Fähigkeiten so ein, dass man nur sie wählen oder berufen kann. Oder glaubt eine der Quoten-Verfechterinnen, dass eine Frau Merkel oder eine Frau von der Leyen eine Quote benötigt hätten, um dort hinzukommen, wo sie heute „ihren Mann“ stehen?

DORIS STEMPFLE

ist Expertin für Führung und individuelle Mentoren-Maßnahmen. Die Betriebswirtin VWA arbeitet seit 1993 als Trainerin und Mentorin. Vor ihrer Selbstständigkeit sammelte sie Erfahrungen im Verkauf und im Personalbereich mittelständischer Unternehmen. Sie hat sich als Unternehmens-Coach und Expertin für kreative Problemlösungen in Führung und Verkauf einen Namen gemacht. 1997 erhielt Doris Stempfle mit ihrer Firma „Stempfle Unternehmensentwicklung durch Training“ den Trainingspreis in Gold für offene Seminare, 2004 den Internationalen Deutschen Trainingspreis in Silber für Finanzdienstleister. Ehrenamtlich ist sie Kreisvorsitzende der MIT Heilbronn





Foto: Pristina

Die jüngste Republik der Welt, Kosovo, ist stolz auf ihre junge Bevölkerung: 70 Prozent der Kosovaren sind jünger als 35 Jahre

Gebt ihnen Arbeit, dann bleiben sie

Kosovo befindet sich in einem schwierigen Transformationsprozess

Von Günter F. Kohl

Mit Helm und Blaumann stapft Fadil Hoxha über das schlammige Gelände seines Betonwerks am Stadtrand von Pristina: „Nach dem Krieg meinten mein Vater und mein Onkel: Kommt, wir gehen zurück in unsere Kiesgrube und fangen wieder neu an.“ Gesagt, getan: Die Familie verließ

Deutschland, in das sie vor dem Krieg auf dem Balkan geflohen war und baute ein stattliches Unternehmen auf. In Kürze soll es allerdings einem anderen Platz machen. Fadil Hoxha, der Sohn, will an der gleichen Stelle zusammen mit einem deutschen Investor eine Fabrik für Solarmodule bauen und gleich nebenan Paprika und andere Früchte des Landes für den

Export einwecken. „Wenn ihr in einem Jahr wiederkommt, trifft Ihr hier 1.000 Arbeitskräfte“, verkündet er mit seinem unbändigen Tatendrang.

Vielen geht es nicht schnell genug

Nicht alle sprühen hier vor Begeisterung wie Hoxha, denn die Lasten der Vergangenheit wiegen schwer:



Foto: dpa/picture alliance

Das Regierungsgebäude in der Hauptstadt Pristina überragt im Zentrum alles. Es ist die Schaltzentrale des aufstrebenden Landes

Fast jeder Zweite ist arbeitslos, von den jungen Leuten sind fast 30 Prozent ohne Job. Die industrielle Infrastruktur, wie Kraftwerke, Minen und kleine Fabriken und Betriebe liegt ziemlich darnieder. Den meisten geht es nicht schnell genug mit der wirtschaftlichen Erholung sieben Jahre nach der Unabhängigkeit.

Wen wundert's, dass Kosovaren ihrem Land den Rücken kehren und dorthin gehen, wo viele ihrer Verwandten seit der ersten Auswanderungswelle in den 90er Jahren schon sind – nach West- und Nordeuropa. Sie beantragen Asyl, wohlwissend, dass es ihnen nicht gewährt wird und ihnen stattdessen eine zügige Rückführung in ihr Heimatland droht, spätestens wenn Kosovo und Albanien ab 1. November auch zu sicheren Staaten erklärt werden. Denn dass diese beiden Länder „sicher“ im Sinne des Asylrechts sind,

steht inner- und außerhalb des Kosovo außer Frage.

Die Türkei ist schon da

Zudem ist es der Regierung peinlich, tatenlos mit anzusehen, wie ihre Bürger das Land verlassen. Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es über 30.000. Sie schafft daher mit Unterstützung der EU Anreize für Rückkehr und klärt Auswanderungswillige darüber auf, dass sie in Deutschland statt schnellen Reichtums die schnelle Abschiebung erwartet.

Dabei geht es vielen Kosovaren, die sich zum Teil mit Schleuserhilfe auf den Weg nach Norden machen, gar nicht um eine Umsiedlung für immer. Sie sind einfach neugierig auf den Westen, auf Europa, denn die Visumpflicht nimmt ihnen die Freizügigkeit,

die sie gerne hätten. Neben der Balkanregion ist die Türkei das einzige Land, in das die Menschen aus Kosovo ohne Visum reisen dürfen. In der Wirtschaft des Landes sind die Türken als Investor stark präsent: „Wir wollen frei reisen dürfen, und zwar nach Europa, oder wollt Ihr uns der Türkei in die Arme treiben?“ heißt es hier und dort.

Das Geld aus Europa (und aus den USA) allein sorge nicht für Reformen. Was man brauche, so hört man bei allen Gesprächen, sind Direktinvestitionen. Zwar sind bereits einige industrielle Dinos aus Deutschland und anderen Ländern der EU vor Ort – zumeist aber nur mit kleinen Niederlassungen oder über Handelspartner. Firmen kleckern, aber klotzen (noch) nicht. Sie warten auf gute Nachrichten über handfeste und tragfähige Reformen, auf eine wirkungsvolle Korruptionsbekämpfung und darauf, dass Kosovo in Sachen Kriminalität und Rauschgiftumschlagplatz

Foto: Kohl



Der Amtschef des Außenministeriums, Kreshnik Gashi, bemüht sich um die internationale Anerkennung Kosovos und nennt Deutschland den „ersten und treuen Unterstützer“ seines Landes



Die beiden Braunkohlekraftwerke im Kosovo haben längst ausgedient und müssten dringend erneuert werden, doch es fehlt an Direktinvestitionen

aus den europäischen Schlagzeilen verschwindet.

Gutes Investitionsklima

Die Administration ist dabei, sich auf allen Feldern der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik vorzubereiten. Fast zwei Dutzend Ministerien, Agenturen, Ämter,

Verbände Kammern und andere Institutionen bieten Investoren ihre Hilfe und Zusammenarbeit an. Steuern und Gebühren wurden gesenkt oder fallen gar nicht erst an, bei Grundstücksbeschaffungen und Genehmigungen sagt man schnellen Vollzug zu und vor allem lockt Kosovo mit jungem, ambitioniertem, in den Grundfertigkeiten gut ausgebildetem Personal.

Es gibt auch bereits Anfänge einer Zusammenarbeit mit deutschen Kammern auf dem Gebiet der beruflichen Bildung. Die Lohnkosten liegen zudem bei nur einem Bruchteil derer in Westeuropa. Problematisch könnte allenfalls die Verkehrsanbindung werden, denn das inländische Straßennetz ist noch etwas lückenhaft und eine Eisenbahnverbindung nach Norden gibt es nicht (mehr). Dagegen existieren ein nagelneuer Flughafen und eine neue Autobahn durch Albanien an die Adria.

In vielen Bereichen ergeben sich auch Möglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe aus Deutschland, denn die Kosovaren wertschätzen nicht nur das Label „Made in Germany“, sondern auch die Stärken und Methoden des deutschen Mittelstands. Ausbaufähig ist der gesamte Dienstleistungssektor, Tourismus, Energiebereich, IT und Telefontechnik, Metallverarbeitung, Produktion, Medizintechnik, Labore, Nahrungsmittel und Getränke sowie alle Bereiche der Lebensmittelindustrie.

Was an diesem Land gefällt, sind seine Menschen, ihre (auch religiöse) Toleranz, ihre Freundlichkeit



Der Verkehr in Pristina ist dicht und zäh, aber mit dem Wohnungsbau (siehe Hintergrund) geht es voran



Hysni Ymeri ist mit seinen Unternehmen seit acht Jahren selbstständig: In seiner Hausverwaltung und seinem Aufzugbetrieb beschäftigt er 100 Mitarbeiter

Foto: dpa/picture alliance

Foto: kfw

Foto: Kohit



Foto: kfw

Frauen in Arbeit zu bringen ist ein großes Anliegen der jungen Staatspräsidentin Atifete Jahjaga

und jugendliche Fröhlichkeit sowie ihre Aufgeschlossenheit und Welt-offenheit. Es ist ihm zu wünschen, dass es die Fesseln der Vergangenheit bald abschüttelt und die Europäische Gemeinschaft überzeugt, dass es reif ist für die Aufnahme.



Foto: Kohl

Die Wirtschaftsprofessorin und Handelsministerin Hykmete Bajrami ebnet Kosovo den Weg von der Planwirtschaft zur Wettbewerbswirtschaft. Delegationsleiter Peter Spary (links) sagt ihr seine Unterstützung zu

Die Reise erfolgte auf Einladung der kosovarischen Botschaft in Berlin und in Begleitung des umsichtigen Botschaftsrats Lulzim Pllana. Die Reise- und Unterbringungskosten hat der Mittelstands Magazin Verlag selbst getragen.

Amselfelder

Ein Betrieb, dessen Produkte in Deutschland Jahrzehnte unter dem Markennamen „Amselfelder“ sehr geschätzt waren, ist die Weinkellerei „Stone Castle“ im Süden des Kosovo. Zu Zeiten Jugoslawiens hat der Betrieb 15 Millionen Liter Wein produziert, heute ist es nach dem Verlust fast sämtlicher Märkte gerade mal ein Zehntel. Dafür aber ist die Qualität des Weins viel besser geworden, verspricht Co-Eigner Hysen Gecaj (links). Sein größter Kummer: Die EU hat der Kellerei nur geringe Quoten zugestanden. Für deutsche Weintrinker sind die Kosovo-Weine daher nahezu unerreichbar.

G.K.



Foto: Kohl



Kosovo

Kosovo hat 1,74 Millionen Einwohner, davon ca. 91 Prozent Albaner, vier Prozent Serben und fünf Prozent übrige Minderheiten (darunter Türken, Roma und Bosniaken)

95 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, die anderen fünf Prozent Katholiken oder orthodoxe Christen. Die kosovarische Gesellschaft ist stark säkularisiert. Die meisten Menschen gehen mit ihrer Religion locker um.

Kosovo ist seit 2008 eine unabhängige Republik mit einem Mehrparteien-Parlament, in dem die PDK (Demokratische Partei Kosovo), die Partei des ehemaligen Feldkommandeurs Hashim Thaci, die stärkste Fraktion bildet. Mit Isa Mustafa stellt die zweitstärkste Partei, die LDK (Demokratische Liga Kosovo), den Ministerpräsidenten.

UN-Berater und NATO-Soldaten (KFOR), darunter auch ein 850-köpfiges Kontingent der Bundeswehr begleiten den demokratischen Übergang auf vielen Feldern des Verwaltungshandelns der Demokratisierung (Nationbuilding).

Der Beitritt zur EU ist Kosovo bisher verwehrt, auch weil fünf der 28 EU-Staaten sich gegen die Aufnahme sperren, z.T. wegen eigener Minderheitenprobleme wie Spanien.

Das Durchschnittseinkommen der Kosovaren liegt bei rd. 350 Euro. Die Analphabetenrate vor allem bei Frauen und in den ländlichen Gebieten beträgt über zehn Prozent.

Kosovaren brauchen ein Visum, um in die EU einzureisen, die Antragszeit dauert nicht selten länger als ein halbes Jahr.

Die schon seit den Kriegsjahren in den goern hier und in anderen Ländern lebenden Kosovaren tragen mehr zur Finanzierung des Staatsbudgets bei als die gesamte Wirtschaft im Heimatland.

G.K.

„Die Flüchtlingsfrage ist eine schwere Prüfung für Europa“

Interview mit dem CDU-Europaabgeordneten Sven Schulze

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Wie war denn Ihr erstes Jahr im Europa-Parlament? Ziehen Sie doch bitte eine kurze Bilanz.

Sven Schulze: Auf mein erstes Jahr in Brüssel blicke ich sehr positiv zurück. Es hat zwar einige Zeit gedauert, bis ich mich in die Themen und Arbeitsprozesse eingearbeitet hatte, aber mittlerweile kann ich sicher behaupten, „angekommen“ zu sein. Bereits jetzt habe ich schon an wichtigen Gesetzgebungen mitwirken können, wie z.B. dem Juncker-Plan, also der Schaffung eines Fonds zur Ankurbelung der Wirtschaft, oder an der finanziellen Aufstockung der Jugendbeschäftigungsinitiative für Regionen mit besonders hoher Jugendarbeitslosigkeit. Generell erlebe ich die Arbeit mit meinen europäischen Abgeordnetenkollegen als sehr spannend und professionell.

Auf welchen Politikfeldern arbeiten Sie im EP?

Schulze: Ich bin Vollmitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales und Stellvertreter im Ausschuss für regionale Entwicklung sowie im Petitionsausschuss. Zudem bin ich Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Maschrik-Ländern, wo wir uns aus aktuellem Anlass natürlich auch mit der Flüchtlingsfrage befassen. Außerdem bin ich Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) und arbeite zusätzlich als Mitglied des Europaausschusses des Bundestages eng mit meinen Bundestagskollegen zusammen, was mir für meine Arbeit auf Europaebene sehr wichtig ist.

Welchen Stellenwert hat aus Ihrer Sicht die Mittelstandspolitik in Parlament und Kommission?

Schulze: Über 99 Prozent aller europäischen Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Allein in Deutschland gehören 3,7 Millionen Unternehmen dem Mittelstand an. Diese mittelständischen Unternehmen sind der Wachstumsmotor unseres Landes und leisten einen hohen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Damit der Mittelstand auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt, muss die Politik auch auf europäischer Ebene Anreize schaffen und Bürokratie vermeiden. Der Mittelstandspolitik kommt allerdings noch



Sven Schulze
Mitglied des Europäischen Parlaments

1979
in Quedlinburg geboren, verheiratet, Vater von 3 Kindern

1999 - 2007
Studium an der Technischen Universität Clausthal, Abschluss Diplom Wirtschaftsingenieur

2007 - 2014
Projektleiter im Maschinenbau, Vertriebsleiter

Seit 2014
Abgeordneter des Europäischen Parlaments

2006 - 2014
Landesvorsitzender der Jungen Union Sachsen-Anhalt

Seit 1997
Mitglied der MIT Sachsen-Anhalt

nicht die Bedeutung zu, die angemessen wäre. Dies hängt einerseits mit fehlendem Wissen über diesen Wirtschaftsmotor, andererseits aber auch mit den unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Mitgliedsstaaten zusammen. Deshalb sehe ich es als meine Hauptaufgabe, sowohl in meinen Ausschüssen als auch in den verantwortlichen KMU-Gruppierungen im Parlament darauf aufmerksam zu machen und etwas zu verändern.

In dieser Zeit kommt man in der Europapolitik an zwei Themen nicht vorbei: Griechenland und Flüchtlinge bzw. Asylbewerber. Wie geht's in und mit Griechenland weiter?

Schulze: Griechenland ist nach wie vor ein kritisches Thema. Die Wiederwahl von Alexis Tsipras hat die Diskussionen um das kürzlich beschlossene Sparpaket natürlich wieder aufkochen lassen. Dazu gibt es jedoch keinen Grund. Die Vereinbarungen mit den internationalen Geldgebern müssen umgesetzt werden. Dass Tsipras allerdings den Willen dazu hat und es ihm auch gelingen wird, im eigenen Land die nötigen Veränderungen vorzunehmen, daran habe ich noch meine Zweifel!

Zerbricht Europa an der Flüchtlingsfrage?

Schulze: Ohne Zweifel ist die Flüchtlingsfrage eine schwere Prüfung für die Solidarität in der Europäischen Union. Zerschlagen wird Europa daran nicht. Klar ist jedoch, dass Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen kann und wir an eine Leistungsgrenze stoßen. Daher sind auch die Osteuropäer nach den jüngsten Gipfelbeschlüssen gefordert, Flüchtlinge aufzunehmen, denn Solidarität darf in Europa keine Einbahnstraße sein.



Steuergeld-Verschwendung ist kein Kavaliersdelikt

Interview mit dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel

Herr Holznagel, im neuen Schwarzbuch decken Sie mehr als 130 Beispiele öffentlicher Verschwendung auf. Über welchen Fall ärgern Sie sich am meisten?

Reiner Holznagel: Jeder Fall ist ein Aufreger für sich, weil mich jeder verschwendete Euro maßlos ärgert. Denn das Geld der Bürger und Unternehmer, das in unwirtschaftliche oder überdimensionierte Projekte gesteckt wird, muss hart erarbeitet werden. Wenn zum Beispiel Lokalpolitiker im rheinhessischen Saulheim der Meinung sind, im Zuge der Ortskernsanierung eine intakte Landstraße für 150.000 Euro um ein paar Meter verlegen zu müssen, fehlt mir das Verständnis. Ich betrachte immer die Alternativen: Um wie viel Prozent könnten zum Beispiel die Kita-Gebühren oder der Gewerbesteuerhebesatz gesenkt werden?

Wann ist das Verhalten von Politikern besonders riskant?

Holznagel: Die Gefahr von Verschwendung lauert überall – ob in Bundesministerien oder einer Gemeindeverwaltung. Oft liegt dieser Gefahr der Gedanke „Es ist ja nicht mein Geld“ zugrunde. Wenn dann Schnellschüsse bei der Planung hinzukommen oder Ausschreibungen unterlassen werden, ist die Verschwendung programmiert. Verschwendung hat viele Gesichter, die wir durch Analysen zu jährlich wechselnden Schwerpunkten offenlegen. Zugleich geben wir der Politik konkrete Verbesserungsvorschläge an die Hand.

Das Schwarzbuch soll also nicht nur ein Kritik-Buch sein?

Holznagel: Das Schwarzbuch bietet Kritik und Lösung. Aktuell beleuchten wir

das Prinzip von Misch- und Kofinanzierungen – also Projekte, die aus mehreren öffentlichen Kassen gemeinsam finanziert werden. Hier stellen wir fest, dass viele Köche den Brei verderben: Verantwortungen werden hin- und hergeschoben, und jede staatliche Ebene – ob Kommune, Land, Bund oder EU – hat nur ihren eigenen Finanzierungsbeitrag vor Augen. Dieses Geld- und Kompetenzgerangel verursacht eine enorme Bürokratie, die sich ein effizient arbeitendes Unternehmen nicht leisten könnte. Auch der Staat muss ordentlich wirtschaften. Dazu gehört, Verantwortung und Risiko wie im realen Wirtschaftsleben zu bündeln.

Misch- und Kofinanzierungen sind schwer zu durchdringen. Hat sich der Charakter von Steuergeldverschwendung eigentlich verändert?

Holznagel: Wir nehmen uns komplexe Sachverhalte wie Misch- und Kofinanzierungen vor, um Probleme, die sich dahinter verbergen, deutlich zu machen. Deshalb müssen wir Transparenz schaffen! Auch allgemein stellen wir fest, dass



Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler e.V.

Verschwendungsfälle komplizierter werden. Oft haben wir es mit hohen technischen Anforderungen zu tun. Schauen Sie sich die Rüstungsbeschaffung an: Nachdem der Transporthubschrauber NH90 reichlich Anlass zur Kritik gab, sind jetzt die Spezial-Helme im Schwarzbuch gelandet. Genauer gesagt die Helmsysteme, die aus einem Flughelm und einem integrierten Sichtsystem bestehen – ein Exemplar kostet rund 280.000 Euro. Das Problem ist: Das Sichtsystem macht die Helme zu schwer. Das Ministerium tauscht die Helme aber nicht aus, sondern bietet ein „Präventiv-Training in Form von koordiniertem Krafttraining“ an. Die dazu angeschafften Sportgeräte kosten weitere 400.000 Euro.

Sie zeigen die Spannweite der Steuergeldverschwendung. Wie stehen Sie denn zum Thema strafrechtliche Ahndung?

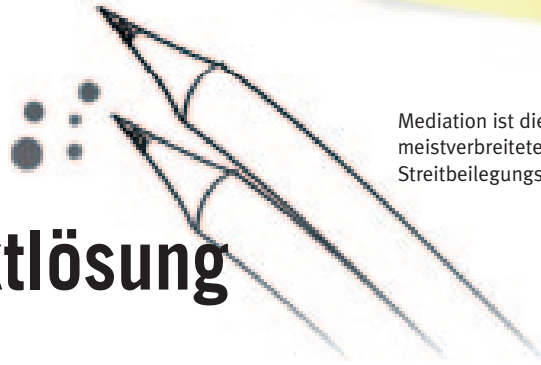
Holznagel: Sowohl Bundesregierung als auch Bundestag sperren sich dagegen, Steuergeldverschwender hart zu bestrafen. Diese Haltung ist für mich unglaublich! Denn wenn es um Steuerhinterziehung geht, überschlagen sich die Vorschläge für eine härtere Gangart. Doch auch die Verschwendung von Steuergeld schadet allen ehrlichen Steuerzahlern!

Die Politik wird nicht darum herum kommen, das Strafrecht mit Blick auf Steuergeldverschwendung zu verschärfen und im Einzelfall härter als bislang zu ahnden. Das wollen auch die meisten Bürger, denn die öffentliche Verschwendung unseres Steuergelds ist kein Kavaliersdelikt!

Info: Falls Sie sich für das Schwarzbuch interessieren, senden Sie uns einfach eine E-Mail mit Ihrer Anschrift: info@mitmagazin.com. Wir senden Ihnen eines kostenlos zu, solange der Vorrat reicht



MEDIATION - ein interessantes Angebot zur Konfliktlösung



Mediation ist die wichtigste und meistverbreitete alternative Streitbeilegungsmethode

Foto: Clipdealer

Von Wolf-Dietrich Bartsch

In letzter Zeit haben die Zuschriften zum Thema „Mediation“ in unserer Redaktion zugenommen. Das ist für uns Anlass, in einem „Recht im Gespräch Spezial“ die außergerichtliche Streitbeilegung mittels eines Mediationsverfahrens vorzustellen.

Mediation ist ein „Instrument“ der so genannten „Alternative Dispute Resolution“ (ADR). So werden Streitbeilegungsmethoden bezeichnet, die eine Alternative zum staatlichen Gerichtsverfahren darstellen. Mediation ist die wichtigste und meistverbreitete alternative Streitbeilegungsmethode und damit - selbst in schwierigen Streitfällen - ein anerkanntes, standardisiertes Verfahren zur Lösung von Konflikten. Zur Gruppe der ADR gehören auch das Schiedsverfahren oder das Schlichtungsverfahren.

Das Mediationsgesetz setzt Standards

Inzwischen gibt das Mediationsgesetz

Standards für die Ausbildung zum Mediator vor. Dort wird auch geregelt, wer sich Mediator nennen darf und was die Voraussetzungen für eine Zertifizierung sind.

Mediation wird meistens von einem einzelnen Mediator durchgeführt. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass Konfliktparteien mit mehreren Mediatoren zusammenarbeiten. Dieses nennt sich Co-Mediation und bietet einen großen Vorteil: Sichtweisen und Stärken der unterschiedlichen Professionen der Mediatoren fließen in die Konfliktarbeit ebenso ein wie geschlechtsspezifische Aspekte.

Entscheidend für eine erfolgreiche Mediation ist, dass die Beteiligten sich freiwillig zur Mediation entschließen. Damit trifft kein Richter „von oben herab“ eine Entscheidung für oder gegen die Betroffenen, sondern diese treffen ihre Entscheidungen selbst und können gestärkt aus der Mediationsverhandlung herausgehen.

Wie aus einer Verhandlung eine „Fairhandlung“ wird

Der Mediator hat keine Entscheidungskompetenz, er ist „Klärungshelfer“. Der Mediator leitet das Verfahren, ohne dass er für die eine oder andere Seite Partei nimmt. Neben der Pflicht zur Neutralität ist der Mediator auch zur Fairness verpflichtet. Er achtet darauf, dass jeder ausreichend zu Wort kommt und die Verhandlung nur mit fairen Methoden geführt wird. Ein Mediator hat in seiner

Foto: Clipdealer



Ausbildung gelernt, in Konflikten professionell zu vermitteln. Er bleibt dabei nicht nur unparteiisch, sondern wird im Sinne einer „Allparteilichkeit“ alle Beteiligten stützen und ihnen helfen, ihre Interessen zu vertreten.

Ziel einer Mediation ist es, den Zwist dauerhaft zur Zufriedenheit der Beteiligten zu lösen. Eine „win-win-Situation“, in der sich keiner als Verlierer sehen muss, wäre ein optimales Verhandlungsergebnis. Der Mediator muss deshalb in den Gesprächen darauf achten, dass keiner der Konfliktpartner „sein Gesicht verliert“. In einer guten Abschlussvereinbarung müssen sich alle Beteiligten wiederfinden können.

In einer Mediation soll eine tragfähige Grundlage für den zukünftigen Umgang miteinander gefunden werden. Dabei hilft der Mediator den Konfliktpartnern, Optionen für die Zukunft zu entwickeln. Auf dieser Basis können sie ihre „Entscheidungen“ selbst aushandeln, anstatt sie Dritten zu überlassen. Erfahrungen zeigen, dass solche „eigenen Lösungen“ wesentlich stabiler sind als „aufgezwungene Entscheidungen“ des Gerichts. Der Richter kennt oftmals die Hintergründe des Konflikts gar nicht und muss sie für sein Urteil auch nicht kennen.

Mediationsverfahren sind auf den unterschiedlichsten Konfliktfeldern möglich: Sie eignen sich sowohl für Klärungsgespräche im privaten Rahmen als auch für Auseinandersetzungen im Arbeitsleben und im gesellschaftlich, politischen Raum.

Klassisch wird die Mediation im Familienrecht angewandt - sei es in einem Scheidungsfall oder bei der Regelung von Umgangs- und Sorgerechtsproblemen. Aber auch Generationskonflikte und Nachbarschaftsstreitigkeiten eignen sich für ein Mediationsverfahren.

Life is short and legal procedures are long!

(Schottische Weisheit)

Die Wirtschaftsmediation setzt sich langsam aber sicher durch. Es ist allgemein bekannt, dass Gerichtsverfahren einen sehr langen Zeitraum einnehmen. Geschäftsführer greifen daher immer öfter auf einen Mediator zurück, der bei innerbetrieblichen Konflikten zwischen Arbeitnehmern und bei Streitigkeiten zwischen Firmen die entsprechenden Gespräche moderiert.

Aber auch in den Fragen der Unternehmensnachfolge - gerade bei traditionellen Familienbetrieben - bietet Mediation im Streitfall mehr als das herkömmliche Gerichtsverfahren. Alle Aspekte eines Konflikts sind von Bedeutung. Es geht nicht nur um Rechtsansprüche. Auch betriebswirtschaftliche, persönliche und emotionale Aspekte können Beachtung finden, wenn die Konfliktpartner dies wünschen. Sie allein entscheiden in eigener Verantwortung darüber, was Thema der Mediation sein soll. Der Mediator ist als neutraler Dritter verantwortlich für den Prozess, also die Struktur und den Ablauf der Mediation, nicht für das Thema oder die Tagesordnung.

Was für Betriebe gilt, gilt natürlich auch für Vereine und Verbände. Selbst innerhalb politischer Gremien und auf kommunaler Ebene findet Mediation Anwendung. Gerade bei der Ausweisung neuer Baugebiete oder Planung neuer Bauvorhaben, kommt es immer wieder zu Konflikten mit Anliegern oder Umweltverbänden. Im Rahmen einer Mediation wird in einem solchen Fall versucht, unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten bereits im Planungsstadium eine Vereinbarung zu schließen, die ein Gerichtsverfahren verhindert.



Bei allen offensichtlichen Vorteilen eines Mediationsverfahrens darf aber nicht übersehen werden: Mediation ist natürlich kein Allheilmittel und ein noch so kompetenter Mediator kein Zauberer. Nur wenn die Konfliktpartner bereit sind, in der Mediation miteinander zu kommunizieren, dann werden sie auch den Willen haben, eine kooperative Lösung zu finden.

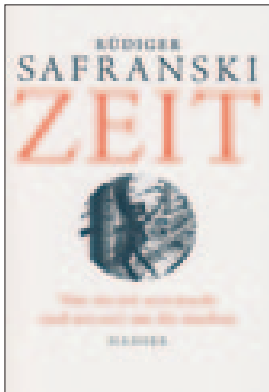
MEDIATOR

Rund 700 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus dem Deutschen Anwaltverein haben sich in der Arbeitsgemeinschaft Mediation zusammengeschlossen. Ein Mediator rechnet in der Regel nach einem Stundensatz ab, der je nach Problemfall und Mediator zwischen 150,- und 300,- EUR zzgl. MwSt. liegt.

Info: <http://mediation.anwaltverein.de>

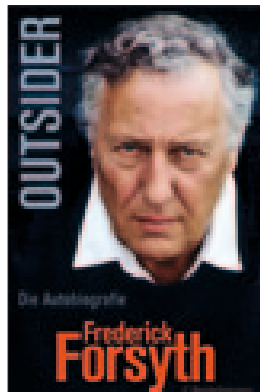


Unser Autor Wolf-Dietrich Bartsch gehört zum Redaktionsteam des Mittelstands Magazins und arbeitet als Notar, Rechtsanwalt und Mediator in Mölln/ Schleswig-Holstein

**Zeit**

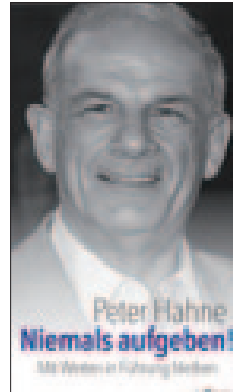
Rüdiger Safranski
Geb., ca. 270 S., 24,90 Euro
ISBN 978-3-446-23653-0
Carl Hanser Verlag

Der große Philosoph und vielfach preisgekrönte Autor zahlreicher Biografien, unter anderen über Goethe, Schiller, Schopenhauer und Nietzsche hat ein ganzes Buch der Zeit gewidmet. Facettenreich beschreibt der 70-Jährige das Spannungsfeld zwischen Vergehen und Beharren und ermuntert uns, aufmerksam mit diesem Gut umzugehen, damit nicht nur die Zeit mit uns etwas macht, sondern auch wir etwas aus ihr machen. Doch diesen Rat verstehen wahrscheinlich nur Jüngere...

**Outsider – Die Biografie**

von Frederick Forsyth
Geb., 383 S., 19,99 Euro
ISBN 978-3-570-10266-4
Bertelsmann Verlag

Unter all' dieser zum Teil schwer verdaulichen Lesekost darf es auch mal was unterhaltsam leichtverdauliches sein. Frederick Forsyth, der große Krimi-Autor, bilanziert sein Lebenswerk. Er erzählt aus seinem abenteuerlichen Leben – spannend, unterhaltsam und abwechslungsreich. So ein Buch kann man nicht besprechen, man muss es lesen!

**Niemals aufgeben!**

Peter Hahne
Gb., 160 S., 9,95 Euro
ISBN 9783 842910058
Verlag media-kern

Er ist für Klartext bekannt, der gewöhnliche Politik-Sprech liegt ihm nicht, weder als ehemaliger TV-Moderator noch als Vortragsredner oder Bestseller-Autor. Peter Hahne, hin und wieder auch Autor dieses Magazins, wandert gedanklich durch den Werte-Kanon, unterlegt mit aktuellen Beispielen. Der Theologe unter den Berliner Hauptstadtjournalisten garantiert seinen Lesern, wie immer, Herz, Hirn und Humor, was das Büchlein bei allem Tiefgang kurzweilig macht.

**Alle Macht für niemand**

Andreas Zeuch
Geb., 264 S., 25,00 Euro
ISBN 978-3-86774-475-1
Murrmann Verlag

Rund 2,2 Millionen kleine und mittlere Unternehmen gibt es derzeit in Deutschland. Was die unternehmensinternen Hierarchien angeht, so sprechen Wohlwollende von der produktiven Nähe von Unternehmensleitung und Mitarbeitern, von der „Unternehmensfamilie“. Andere bemängeln fehlende demokratische Strukturen mit einem Mangel an Mitarbeitermotivation. Der Autor entwickelt an Hand vieler Fallbeispiele die Idee einer Unternehmenskultur ohne Hierarchien.

Das Systemische Controlling

Günther Bauer
Broschur, 127 S., 13,95 Euro
Carl-Auer Verlag

Die Broschüre wendet sich nicht nur an Führungskräfte, sondern auch an Studierende und Lehrende der WiSo-Wissenschaften, an angehende Controller sowie an im operativen Bereich Tätige. Bei aller Kompaktheit der Darstellung gelingt es dem Autor, dies alles in ein umfassendes Konzept systemischem Controllings zu gießen. Für Anfänger und „Unbeleckte“ scheint uns das Buch weni ger geeignet.

BIG DATA EXCEL

John W. Foreman
Broschur, 464 S.
ISBN 978-3-527-760602
Wiley Verlag

Datenanalyse mit Schulmathe und Excel: Welche Produkte kann ich meinen Kunden aufgrund ihrer vorherigen Käufe noch anbieten? Wie kann ich meine Absätze vorhersagen? Wie kann ich meine Kundenmails automatisch analysieren? Wer sich diese Fragen stellt, findet in dem Buch die passenden Antworten. Anhand realistischer Businessbeispiele lernt man praktische Verfahren zur Datenanalyse. Viele Beispieldaten stellt der Verlag auf seiner Website zum Download bereit.

Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient

Hugo Müller-Vogg
Kart., 170 S., 17,99 Euro
ISBN 978-3-86774-375-4
Murrmann Verlag

Vor einem Jahr hat unser Kolumnist Hugo Müller-Vogg in seinem Buch mit dem bezeichnenden Titel eine erste Bilanz der Großen Koalition gezogen, die nichts an Aktualität und scharfsinniger Analyse verloren hat. Die damals offenen Fragen wie marode Infrastruktur, Energiewende, bezahlbarer Wohnraum, Steuerreform, sind unbeantworteter denn je. Und in einem weiteren Jahr beginnt bereits der nächste Bundestagswahlkampf. Grund genug, dieses Buch einmal wieder oder erstmals zur Hand zu nehmen.



Nissan X-Trail

Nicht mehr wiederzuerkennen

Foto: Nissan



Aus dem vormals etwas behäbig und kastenförmig aussehenden X-Trail ist ein flotter SUV nach europäischem Vorbild geworden

Nissan erobert die Fuhrparks deutscher Unternehmen. Der japanische Automobilhersteller gewinnt offenbar zunehmend an Bedeutung für Firmenkunden im Mittelstand. Insbesondere Crossover liegen im Trend. Sie vereinen attraktives Design mit viel Platz, jeder Menge Komfort sowie hoher Wirtschaftlichkeit.

Immer mehr Mitarbeiter dürfen sich ihr Firmenauto selbst aussuchen, eine attraktive Alternative zu einem höheren Gehalt. Der unvermindert anhaltende Trend zum sogenannten User-Chooser trägt zur Motivation bei, weil Angestellte nicht ein Standardfahrzeug, sondern ihren persönlichen „Traumwagen“ bekommen. Gleichzeitig erhöht sich die Unabhängigkeit von bekannten Lieferanten und einzelnen Fabrikaten. Die Folge ist eine wachsende Vielfalt in den Fuhrparks, erstmals rechnen

sich in Deutschland auch mittelgroße Marken wie Nissan eine realistische Chance aus.

Beliebte Crossover-Familie

Der japanische Automobilhersteller profitiert dabei von der großen Bandbreite seiner Modelle, die die sich teils widersprechenden Anforderungen der Mitarbeiter und der Fuhrparkmanager erfüllen. Bestes Beispiel ist die beliebte Crossover-Familie aus Juke, Qashqai und X-Trail: Sie bieten zahlreiche Individualisierungsmöglichkeiten und viel Platz. Der 4,64 Meter lange X-Trail wartet beispielsweise mit bis zu sieben Sitzen und einem maximalen Kofferraumvolumen von 1.982 Liter auf.

Fuhrparkmanager dürften sich wiederum über die effizienten Motoren freuen. Denn auch bei den betriebswirtschaftlich relevanten Kenngrößen

wie Flottenverbrauch, CO₂-Ausstoß und Gesamtbetriebskosten überzeugt Nissan: Die Produktpalette umfasst schon heute elf Modelle, die weniger als 120 Gramm CO₂ pro Kilometer emittieren. Die besonders wirtschaftlichen Pure Drive Dieselmotoren setzen dabei Maßstäbe. Den Nissan X-Trail Visia gibt es bereits ab 27.200 Euro.

Nachsatz: Ohne jetzt alle Automobilhersteller unter Generalverdacht stellen zu wollen, wird wohl jeder Autokäufer beim Studium der Abgaswerte künftig zweimal hinschauen.

Günter F. Kohl



DIESEL-KRISE – ANSCHUB FÜR ELEKTRO-AUTOS?

Nach dem neuen Maßnahmenpaket der Bundesregierung sind Elektroautos nicht nur von der Kfz-Steuer befreit, sondern genießen auch noch Sonderrechte wie kostenlos parken oder Benutzung der Busspur. Dennoch ist es bis zum Erreichen des selbst gesetzten Ziels von einer Million E-Fahrzeugen auf deutschen Straßen noch ein sehr weiter Weg. Im September 2015 waren gerade einmal 18.948 solcher Autos angemeldet. Nach Meinung von Fachleuten dürfte der Skandal um manipulierte Abgaswerte bei mehreren Automarken unter Umständen den E-Fahrzeugen einen Anschlag bringen.



Foto: Pitopia

Steuer-Tipps Optimale private und unternehmerische Nachfolge

Senioren schieben die Regelung der Nachfolge für ihr Privat- und Unternehmensvermögen erfahrungsgemäß vor sich her. Tritt der Notfall ein, sind die Folgen katastrophal (Erbengemeinschaften, Pflichtteilsforderungen). Empfehlenswert ist eine kluge vorweggenommene Erbfolgeregelung.

Nutzen Sie den Nießbrauch!

Bauen Sie für den Nachfolger Vermögen durch einen zeitlich begrenzten Zuwendungsnießbrauch auf! Nutzen Sie später den Vorbehaltsnießbrauch verbunden mit der gesellschaftsrechtlichen auch zur Einbindung der Pflichtteilsberechtigten!

Der Nießbrauch mindert den schenkungsteuerpflichtigen Erwerb. Der spätere Wertzuwachs des Vermögens wächst den Gesellschaftern steuerfrei zu.

Der Nachfolger kann nun mit Krediten von Banken Ihre Praxis, Ihren Gewerbebetrieb und Ihre Immobilien kaufen.

Er ist langfristig für die Verwaltung des Unternehmens- und Privatvermögens gut vorbereitet.

Einzelheiten zu dieser Nachfolge vermitteln Ihnen Seminare des gemeinnützigen BFWI e.V. (www.bfwi.de) am 02. und 03.12.15 in Berlin.

StB W. Pfeifer, Büro für ErbSt
www.steuerberaterpfeifer.de



Foto: Rainer Sturm/ pixelio.de

Umziehen heißt renovieren – egal ob bei Ein- oder Auszug, doch manche Richter sehen das ganz anders

Allseits beklagter Wohnungsmangel Miet-Rechtsprechung bremst Investitionsbereitschaft

Angesichts der Flüchtlingswellen droht in Deutschland auf mittlere Sicht ein Wohnungsnotstand, weil in den letzten Jahren der Wohnungsbau stark rückläufig war. Die Gründe dafür, dass private Investoren sich dermaßen zurückhalten, liegen auf der Hand: Mietspiegel mit Obergrenzen, Mietpreisbremse und vor allem eine Rechtsprechung, die Vermietern jeglichen Anreiz, in Wohnungen zu investieren, nimmt.

Einer der häufigsten Streitpunkte sind die sogenannten Schönheitsreparaturen. Immer neue und zum Teil widersprüchliche Urteile haben in den letzten Jahren für große Verwirrung gesorgt. Wir haben ein paar aktuelle Aspekte zusammengefasst:

Formularmäßige Überwälzung von Schönheitsreparaturen auf den Mieter BGH, Urteil vom 18.03.2015, Az: VIII ZR 185/14

► Die formularvertragliche Überwälzung der Verpflichtung zur Vornahme laufender Schönheitsreparaturen einer dem Mieter unrenoviert oder renovierungsbedürftig überlassenen Wohnung hält der

Inhaltskontrolle am Maßstab des § 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB nicht stand, sofern der Vermieter dem Mieter keinen angemessenen Ausgleich gewährt.

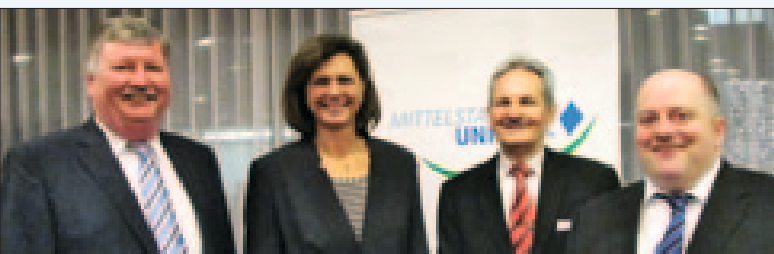
- Unrenoviert oder renovierungsbedürftig ist eine Wohnung nicht erst dann, wenn sie übermäßig stark abgenutzt oder völlig abgewohnt ist. Maßgeblich ist, ob die dem Mieter überlassene Wohnung Gebrauchsspuren aus einem vorvertraglichen Zeitraum aufweist, wobei solche Gebrauchsspuren außer Acht bleiben, die so unerheblich sind, dass sie bei lebensnaher Betrachtung nicht ins Gewicht fallen. Es kommt letztlich darauf an, ob die überlassenen Mieträume den Gesamteindruck einer renovierten Wohnung vermitteln.
- Beruft der Mieter sich auf die Unwirksamkeit der Renovierungsklausel, obliegt es ihm, darzulegen und im Bestreitensfall zu beweisen, dass die Wohnung bei Mietbeginn unrenoviert oder renovierungsbedürftig war. Die Darlegungs- und Beweislast für die Gewährung einer angemessenen Ausgleichsleistung trifft den Vermieter.

Fachgespräch zum Thema Fachkräfte



„Erwirtschaften vor Verteilen“: Auch die Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und der Griechenland-Misere müssen erst einmal erwirtschaftet werden. Deswegen hat das Thema Fachkräfte eine vorrangige Bedeutung. Dazu traf sich in der CSU-Landesleitung der Fachausschuss Arbeitsmarktpolitik unter Leitung der MU-Vorstände Katrin Albsteiger, MdB und MU-Vize Bernhard Kösslinger.

17. Politischer Dämmerschoppen



Zum 17. Politischen Dämmerschoppen der MU Nürnberg-Fürth-Schwabach kamen über 50 Gäste, um die Rede des Ehrengastes, der Vizeministerpräsidentin und bayerischen Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, zu hören. Foto: Ilse Aigner (v. l.) mit dem Ehrenbezirksvorsitzenden Wolfgang Schulze, Stadtrat Max Höffkes und dem MU Bezirksvorsitzenden Markus Tischner

Gesundheitspolitik im Fokus



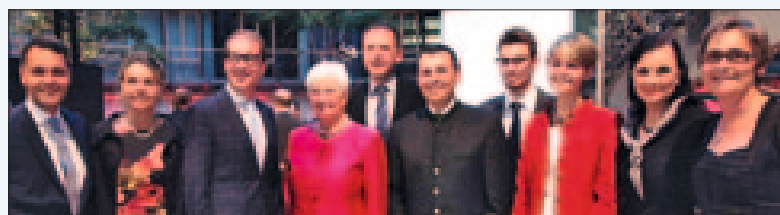
Zur Reform der Gesundheitspolitik trafen sich die Fachleute der MU (v.l.) Franz Niedermaier, MU-Vize Bernhard Kösslinger, MU-Landesvorstandsmitglied Dr. Eberhard Lasson und Professor Dr. Günter Neubauer, Leiter des Instituts für Gesundheitsökonomik.

MU und CSA klären Gemeinsamkeiten



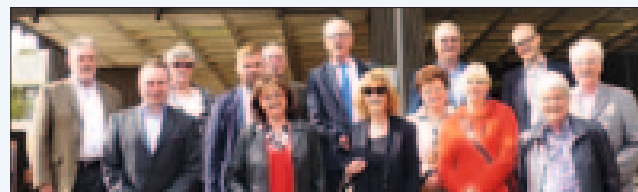
Leistung muss sich lohnen, für Bürger und Betriebe. Das muss gerade in der Flüchtlingskrise gelten, um Staat und Wirtschaft handlungsfähig und integrationsfähig zu halten. Die Vorstände der MU und CSA Bayern trafen sich, um vor dem CSU-Parteitag im November politische Gemeinsamkeiten abzuklären. Die Sitzungsleitung übernahmen MU-Vize Thomas Schmatz und CSA-Vorsitzender Joachim Unterländer, MdL. Katrin Albsteiger, MdB, informierte zum Stand der Flexi-Rente.

MU Tirschenreuth feiert MIT-Mittelstandspreis



Unter den Gratulanten in Berlin waren auch Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt. Über gleich fünf neue Vorstandsmitglieder - Sebastian Forster (Mitterteich), Thomas Grillmeier (Konnersreuth), Marco Vollath (Erbendorf), sowie Christoph Hörl (Pullenreuth) und Dr. Benjamin Zeitler (Plößberg) - freuten sich Leonhard Zintl, Kreisvorsitzender der MU Tirschenreuth und sein Stellvertreter Roman Melzner. Ein großes Lob galt den Unternehmerbrüdern Paulus und Ludwig Mehler (Tuchfabrik Mehler), die den MIT-Mittelstandspreis in Berlin verliehen bekommen hatten.

MU Erlangen in Straßburg



Die MU Erlangen mit ihrem Vorsitzenden Dr. Robert Pfeffer (2.v.l.) besuchte das Europaparlament in Straßburg und das Straßburger Rathaus, um in der ÖPNV-Vorzeigestadt Straßburg alternative ÖPNV-Konzepte selber zu testen und über deren Förderung direkt vor Ort zu informieren.

Solidarität braucht wirtschaftliche Leistungskraft – Mittelstand und Mittelschicht entlasten statt gefährden!



Beim Bayerischen Mittelstandstag in Deggendorf: (von links) MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann, MdB, sein Vize und MU-Vorsitzender Hans Michelbach, MdB und Manfred Weber, MdEP und Vorsitzender der EVP-Fraktion

Die Flüchtlingskrise ist eine riesige Herausforderung – für unser Arbeits- und Sozialsystem und für alle Steuerzahler. Mittelstand und Mittelschicht, Bürger und Betriebe brauchen deshalb gerade jetzt Entlastung – um Staat und Gesellschaft weiter handlungsfähig und integrationsfähig zu halten!

Die MU Bayern bezieht klare Positionen – hier der Beschluss der Landesversammlung/Bayerischer Mittelstandstag vom 19. September 2015 in Deggendorf (diesen und alle weiteren Beschlüsse und Fotos von Deggendorf finden Sie auf www.mu-bayern.de und www.facebook.com/mittelstandsunion):

Die großen Wanderungsbewegungen von Asylsuchenden und Wirtschaftsflüchtlingen sind eine riesige Herausforderung für Bayern, Deutschland und Europa. Wir müssen menschlich und gleichzeitig überlegt handeln. Wir müssen den Hilfsbedürftigen helfen und gleichzeitig dürfen wir die

Hilfsbereitschaft nicht überfordern. Denn Solidarität braucht auch wirtschaftliche Leistungskraft. Die Position der Mittelstands-Union:

Wenn wir die finanzielle Leistungskraft und Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft erhalten wollen, brauchen wir dringend Entlastungen statt weitere Belastungen für Mittelstand und Mittelschicht. Noch läuft die Konjunktur und die Steuereinnahmen sprudeln. Steuervereinfachungen, Steuersenkungen und vor allem ein echter Bürokratieabbau finanzieren sich selbst und sparen dem Staat sogar Kosten.

Wir müssen klar zwischen echten Verfolgten und Wirtschafts- bzw. Sozialleistungsmigranten unterscheiden. Wir müssen eine Einwanderung von Nicht-Verfolgten in unsere Sozialsysteme und damit weitere Integrationsprobleme für die Zukunft verhindern. Auch die Länder auf dem Westbalkan sind als sichere Dritt- bzw. Herkunftstaaten einzustufen. Wir brauchen deshalb auch eine massive Verkürzung von Asyl-

verfahren und einen massiven Abbau von finanziellen und sonstigen Anreizen zur Einwanderung ohne Arbeitsleistung. Wir fordern generell Sachleistungen statt Geldleistungen. Abgelehnte Asylbewerber müssen nach dem Vorbild der Schweiz und Norwegens konsequent in kürzester Zeit abgeschoben werden.

Wir brauchen eine gerechte Lastenverteilung innerhalb Europas und ebenso innerhalb Deutschlands. Wir brauchen schließlich eine gemeinsame Anstrengung aller europäischen Länder, um die Fluchtursachen in den Herkunftsländern grundlegend zu beseitigen. Bayern allein kann alle Flüchtlinge in Deutschland ebenso wenig aufnehmen wie Deutschland dies in Europa tun kann. Deshalb begrüßen wir die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

Zugleich gilt: Ein Teil der Flüchtlinge ist gut qualifiziert und motiviert und damit eine Chance für unser Land. Sie müssen schnellstmöglich durch Deutschkurse und Bildungsmaßnahmen integriert werden. Das bedeutet auch ohne Wenn und Aber: Aufklärung über und Verhaltensregeln im Hinblick auf das rechtsstaatliche Gewaltmonopol des Staates und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wer sich dem verweigert, kann nicht bei uns bleiben.

Wir brauchen mehr Wohnraum – für Flüchtlinge ebenso wie für Einheimische. Überzogene Bürokratie und zu teure Bauvorschriften sind abzuschaffen – gezielte Investitionsanreize sind zwingend notwendig.

Die Behörden müssen schnellstmöglich ihre Zuständigkeiten klären, damit anerkannte Asylbewerber so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Viele Betriebe bieten Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern Arbeits- und Ausbildungsplätze an – das ist der entscheidende und unverzichtbare Beitrag der Wirtschaft zur Integration dieser Menschen. Dafür brauchen wir freie Fahrt für Unternehmen, die helfen – vor allem für kleine und mittlere Betriebe.

Deutschland kann mehr – Aufbruch in den Chancen-Staat



Bundemittelstandstag in Dresden am 13. und 14. November

Auf der Agenda des Bundemittelstandstags im Internationalen Congress Center Dresden am 13. und 14. November stehen spannende Redner, ein politisches Reformprogramm für Deutschland und Satzungsänderungen, um die MIT moderner und effizienter zu machen.

Inhaltlich wird die MIT neben zahlreichen Sachanträgen (s. u.) ihren Leitantrag „Deutschland kann mehr“ diskutieren, der ein 10-Punkte-Reformprogramm für einen leistungsfähigen Staat beinhaltet. Die Reformvorschläge stehen unter den beiden „D“-Herausforderungen: Demografie und Digitalisierung. So schlägt der MIT-Bundesvorstand vor, die Flexi-Rente attraktiver zu gestalten, bei einem Digitalminister alle digitalen Zuständigkeiten der Bundesregierung zu bündeln, einen unabhängigen Bürokratiebeauftragten des Bundestages einzusetzen, um Bürokratie wirksam zu bekämpfen und den Soli bereits 2020 endgültig abzuschaffen.

Als Diskussionspartner haben u. a. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Kanzleramtsminister Peter Altmaier, die bayerische

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und der Deutschland-Chef von Amazon, Ralf Kleber, zugesagt.

Ferner werden die Delegierten eine umfangreiche Satzungsreform diskutieren. So schlägt der Bundesvorstand einstimmig eine Änderung des Namens vor: Statt „Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU“ soll die Vereinigung künftig „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ heißen. Das Kürzel „MIT“ soll bestehen bleiben. Außerdem ist eine Verkleinerung des Bundemittelstandstags ab 2017 geplant: Statt wie bislang rund 650 Delegierte zu wählen, soll die Größe künftig auf ca. 500 Delegierte begrenzt werden. Auch dem Trend zur Digitalisierung will die MIT in ihrer Satzung folgen und Video-/Chat-Konferenzen sowie elektronische Versandformen und Beitrittsklärungen zulassen. Für diese Änderungen sind jeweils Zweidrittelmehrheiten erforderlich.

Mit einer eigenen Veranstaltungs-App für Smartphones bietet die MIT Delegierten und Gästen die Möglichkeit, sich mit anderen Teilnehmern zu vernetzen und sich aktiv in die politischen Debatten einzubringen.



38 Anträge, damit Deutschland auch in Zukunft fit bleibt

Der Leitantrag „Deutschland kann mehr – Aufbruch in den Chancen-Staat“ wird der Kern auf dem diesjährigen Bundemittelstandstag sein. Das Zehn-Punkte-Programm ist die Vorlage für eine umfassende Staatsreform. Die MIT will die beiden Mega-Themen Digitalisierung und Demografie anpacken, um Deutschland für die Zukunft fit zu machen.

Der Antragskommission liegen 38 weitere Anträge aus den MIT-Gliederungen vor. Thematisch sind sie breit gefächert. Neben europäischen Themen, wie TTIP als Chance, eine Staateninsolvenzordnung und eine bessere Folgeabschätzung von EU-Gesetzen werden die Delegierten zum Bundemittelstandstag Maßnahmen wie die Entbürokratisierung unseres Staates, einen Neustart bei der Erbschaftsteuerreform, die Ausgestaltung der Flexi-Rente sowie ein umfassendes Steuerkonzept 2020 diskutieren.

Das Programm zum Bundesmittelstandstag

Freitag, 13.10.2015

12:30 Uhr

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch den MIT-Bundesvorsitzenden

TOP 2 Regularien

TOP 3 Berichte des Bundesvorsitzenden, des Bundeschatzmeisters, der Rechnungsprüfer und des Hauptgeschäftsführers

TOP 4 Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 5 Aussprache zu den Berichten

TOP 6 Entlastung des Bundesvorstandes

TOP 7 Wahl des Bundesvorstandes

TOP 8 Talk-Panel: Deutschland kann mehr – zwischen demografischen Sorgen und digitalen Chancen

- Dr. Carsten Linnemann MdB, MIT-Bundesvorsitzender
- Ralf Kleber, Deutschland-Chef Amazon
- Ilse Aigner, Wirtschaftsministerin Bayerns
- Ingeborg Neumann, Geschäftsführende Gesellschafterin Peppermint Holding Präsidentin Bundesverband textil + mode)

TOP 9 Bericht des PKM-Vorsitzenden

TOP 10 Berufung von Ehrenmitgliedern

TOP 11 Rede: Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Bundesminister der Finanzen, mit anschließender Diskussion

TOP 12 Antragsberatungen

Ab 19:30 Uhr

Get-together zum Dresdner Abend auf dem Terrassenfoyer des Congress Center (Einlass 19:00 Uhr)

Samstag, 14.10.2015

09:00 Uhr

TOP 13 Rede: Peter Altmaier MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, mit anschließender Diskussion

TOP 14 Einführung in den Diskussionsprozess „Grundsatzprogramm“

TOP 15 Wahl der Rechnungsprüfer

TOP 16 Schlusswort des Bundesvorsitzenden



Peter Altmaier

1980-1988 Studium der Rechtswissenschaften (Schwerpunkt: Europarecht)
1990-1994 Beamter der Europäischen Kommission
Seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages
2000-2005 Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
2005-2009 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern
2009-2012 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
2012-2013 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Seit 2013 Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben

Foto: Bundesregierung/ Jesco Denzel, Steffen Kugler



Dr. Wolfgang Schäuble

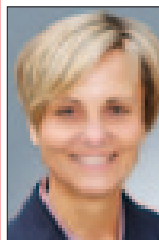
1961-1970 Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Schwerpunkt: Europarecht)
Seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages
1981-1984 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Seit 1982 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU
1984-1989 Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben
1989-1991 Bundesminister des Innern
1991-2000 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
1998-2000 Bundesvorsitzender und seitdem Präsidiumsmitglied der CDU
2002-2005 Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
2005-2009 Bundesminister des Innern
Seit 2009 Bundesminister der Finanzen

Foto: Bundesministerium der Finanzen, Jörg Rügger



Ilse Aigner

1994-1998 Mitglied des Bayerischen Landtags
1998-2013 Mitglied des Deutschen Bundestages
2005-2008 Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Seit 2007 Präsidiumsmitglied der CSU
2008-2013 Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Seit 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags
Seit 2013 Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie



Ingeborg Neumann

Studium der Betriebswirtschaftslehre
 Wirtschaftsprüferin und Partner bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen
1997 Gründung der Peppermint Holding GmbH
Seit 2000 Investorin und Fondsmanagerin (u.a. Charité Biomedical Fund)
Seit 2012 Vizepräsidentin und Schatzmeisterin beim Bundesverband der Deutschen Industrie
Seit 2013 Präsidentin des Gesamtverbands textil+mode



Ralf Kleber

1986-1989 Studium der Betriebswirtschaftslehre
1989-1991 Assistent der Geschäftsleitung bei der RENO Versandhandel GmbH
1991-1999 Corporate Controller bei der Escada AG
1999-2000 Finance Controller bei Amazon
2000-2002 Director of Finance and Administration bei Amazon
2002-2015 Geschäftsführer der Amazon.de GmbH
Seit 2015 Country Manager bei der Amazon EU SARL Niederlassung Deutschland

Zu Gast in Dresden

Delegierte, Unterstützer und Gäste herzlich willkommen



Einblicke in den Tagungsbereich und Ausblicke auf Dresden: Das Terrassenfoyer des ICC

Sponsoren und Aussteller

In diesem Jahr engagieren sich mehr als 30 Aussteller und Sponsoren für die MIT und damit mehr als je zuvor. Insgesamt sieben Wirtschaftsverbände unterstützen den Bundesmittelstandstag 2015. Bei den Unternehmenssponsoren gibt es eine breite Palette aus Großindustrie und Mittelständlern, die zum Teil sehr attraktive Standangebote präsentieren werden. In diesem Jahr sind auch besonders viele MIT-Mitglieder unter den Ausstellern. Eine Premiere feiert die MIT mit der Startup-Alley, auf der sich junge Gründer mit spannenden Geschäftsideen präsentieren.

Als Gast zum Bundesmittelstandstag

MIT-Mitglieder und andere Politikinteressierte haben die Möglichkeit, an dem spannenden Event im Internationalen Congress Center Dresden, direkt neben der historischen Altstadt, als Gäste teilzunehmen und Politiker und Unternehmer aus der Nähe zu erleben. Für einen Teilnahmebeitrag von 80 Euro kann man an beiden Veranstaltungstagen und an dem „Dresdner Abend“ mit großem Gala-Buffer teilnehmen. MIT-Mitglieder zahlen einen ermäßigten Betrag. Bei Interesse senden Sie bitte eine E-Mail an Christina Lippitz: lippitz@mit-bund.de Die Gästezahl ist auf 100 begrenzt.

Der Bundesmittelstandstag wird gefördert durch:

- ▶ Airbus Defence and Space GmbH
- ▶ Amazon Deutschland Services GmbH
- ▶ Arbeitgeberverband Gesamtmetall e.V.
- ▶ AWI GmbH
- ▶ BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
- ▶ BMW – Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft
- ▶ cnetz-Verein für Netzpolitik e.V.
- ▶ Datev eG
- ▶ Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.
- ▶ Deutsche Post AG
- ▶ 3D Elements GmbH
- ▶ DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e.V.
- ▶ ESAM Energieservice und Arealmanagement GmbH
- ▶ Eurobase Immobilien GmbH
- ▶ Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e.V.
- ▶ Linde AG
- ▶ McDonald's Deutschland Inc.
- ▶ Philip Morris GmbH
- ▶ RCKT Rocket Communications GmbH & Co. KG
- ▶ Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH
- ▶ Röwer Sicherheits- und Gebäudetechnik GmbH
- ▶ teckpro AG
- ▶ trimano
- ▶ UBG - Union Betriebs-GmbH
- ▶ VdR Verband deutscher Rauchtakindustrie e.V.
- ▶ Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.
- ▶ Wir für Gesundheit GmbH
- ▶ World Vision Deutschland e.V.

Aussteller auf der Startup-Alley

- ▶ German Silicon Valley Innovators Inc.
- ▶ iversity
- ▶ Lendico Deutschland GmbH
- ▶ SPENDIT AG
- ▶ Transfer Ventures

Ich bin in der MIT, weil ...

„ich helfen möchte dem Mittelstand den Stellenwert in unserer Gesellschaft zu verschaffen, den er sich über Jahrzehnte durch harte Arbeit der Unternehmer erarbeitet hat“

„es mir wichtig ist, dass der Mittelstand eine starke Stimme hat und für seine Zukunft gekämpft wird. In der politischen Arena ist die MIT im Sturm wie in der Abwehr gut aufgestellt.“

„Wirtschaft aktiv und kommunikativ sein muss. Das geht mit der MIT!“

Wolfgang Köhler



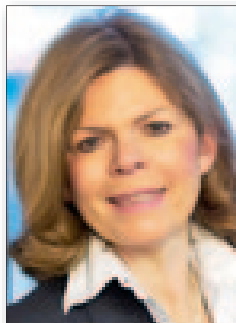
Wolfgang Köhler ist seit vielen Jahren als selbstständiger Unternehmensberater im Mittelstand unterwegs. Seine Schwerpunkte,

insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen, sind die allgemeine Unternehmensberatung, das Coaching, die Erstellung von Sanierungs- und Fortführungsgutachten, der An- und Verkauf von Unternehmen oder Unternehmensteilen sowie Nachfolgelösungen. Wolfgang Köhler berät mittelständische Unternehmen und Unternehmer, Gesellschafter, Investoren sowie Manager bei Unternehmenstransaktionen, bei strategischen Entscheidungen sowie in zentralen Fragen der Unternehmensfinanzierung.

Wolfgang Köhler besitzt neben der Ausbildung zum Bankkaufmann und dem Studium der Betriebswirtschaft auch eine Refa-Ausbildung, die es ihm ermöglicht bei seiner Beratungstätigkeit auch den Fertigungssektor einzubeziehen. In der Zusammenarbeit mit einem Kooperationspartner hat sich bei W. Köhler in den vergangenen Monaten ein Schwerpunkt herausgebildet: Nachfolgelösungen - das große Problem im deutschen Mittelstand.

Wolfgang Köhler ist im August 2015 in die MIT Darmstadt eingetreten.

Ingrid Hartges



Ingrid Hartges, geboren 1959 in Mönchengladbach, wuchs in einer kleinen landwirtschaftlichen Kornbrennerei am Niederrhein auf.

Nach ihrem Abitur studierte sie in Würzburg Jura und begann nach ihrem zweiten Staatsexamen 1989 als Referentin beim DEHOGA Bundesverband ihre berufliche Tätigkeit. 1994 wurde sie zur stellvertretenden Hauptgeschäftsführerin berufen, seit 2006 ist sie Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes.

Der DEHOGA Bundesverband ist Interessenvertretung und Sprachrohr der Gastronomen und Hoteliers in Deutschland. Hauptaufgabe des DEHOGA ist es, für die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen einzutreten. 220.000 Unternehmen in Hotel und Gastronomie beschäftigen aktuell 1,8 Mio. Arbeitnehmer. Fast 60.000 junge Menschen absolvieren derzeit eine Ausbildung im Gastgewerbe. Die Branche ist ein bedeutender Arbeitgeber und Ausbilder. Gastronomie und Hotellerie sind standorttreu. Sie sind die Visitenkarte unseres Landes und tragen maßgeblich zur Lebensqualität bei.

Ingrid Hartges ist im Januar 2015 in die MIT Berlin Mitte eingetreten.

Ralph Scharpenberg



Ralph Scharpenberg ist Orthopädie-Technik Meister und Betriebswirt und begann seine Selbstständigkeit 1998 mit der Gründung der Orthopädie-Technik Scharpenberg in Rostock. Mit seiner Frau zusammen führte er schon seit 1996 die Werbeagentur Ralykat - die Ideencompany.

Ab 1999 kamen 4 weitere Orthopädiefachbetriebe landesweit dazu. 2010 wurde die FROG (funktionale Reha- und Orthopädiertechnik) gegründet, in der Ralph Scharpenberg als Geschäftsführer und Teilhaber im Bereich der speziellen Kinder- und Erwachsenen-Rehatechnik aktiv ist. Alle Unternehmensbereiche beschäftigen sich mit der technischen Hilfe und Ausstattung von körperlicher Benachteiligung. Sowohl im Handelsbereich, als auch in der technischen handwerklichen Fertigung. Anfang November 2015 zieht die Zentrale der Orthopädie-Technik Scharpenberg in ihren Neubau und lädt mit Rat und Tat bei verschiedensten Gesundheitsfragen ein. Alle Filialen der Orthopädie-Technik Scharpenberg beschäftigen 55 Mitarbeiter.

Ralph Scharpenberg ist im August 2015 in die MIT Schwerin eingetreten.

Innovationen überzeugen Chinesischen Botschafter

Botschafter Shi Mingde startet bei MartinMechanic mit Wirtschaftsgesprächen

Wo innovative Technologien für die Zukunft entwickelt werden, ist der Vorzeigebetrieb für den chinesischen Botschafter schnell gefunden, findet Ulrich Kallfass, Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT). Deshalb führte Shi Mingdes Reise nach Nagold in den Wahlkreis des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel von Berlin direkt zu MartinMechanic nach Nagold.

Kurze Wege, Leidenschaft, gute Ideen und nachhaltiges Handeln: Das zeichnet nach den Worten von Firmenchef Claus Martin einen guten Mittelständler aus. Mit den im ländlichen Raum möge der Schwarzwald aus Berliner Weltstadt-Sicht vielleicht etwas provinziell anmuten, schmun-

zelte der Geschäftsführer, als er den hohen Gast begrüßte. Doch die vielen, kleineren Betriebe seien das Markenzeichen des Industrie- und Technologielandes Baden-Württembergs. Sie würden Weltkonzerne beliefern, die ebenso ihre Wurzeln im Musterlande hätten.

Flexibilität, gepaart mit hoher Kompetenz und einfachen Strukturen, mache mittelständische Unternehmen wie MartinMechanic so erfolgreich, betonte Markus Wexel, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Nordschwarzwald. Das Ziel der Wirtschaftsgespräche mit dem Botschafter war die Weiterentwicklung der Synergien zwischen Deutschland und China.



(von links): MIT-Vorsitzender Ulrich Kallfass, Chinas Botschafter Shi Mingde, Geschäftsführer Claus Martin, der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel und IHK-Geschäftsführer Markus Wexel

25 Jahre Partnerschaft Niedersachsen-MIT und MIT Sachsen-Anhalt



25 Jahre Partnerschaft zwischen der Niedersachsen-MIT und der MIT Sachsen-Anhalt - eine Partnerschaft, die hält

Die Partnerschaft zwischen der Niedersachsen-MIT und der MIT Sachsen-Anhalt ist die einzige ihrer Art, die es noch zwischen Landesvereinigungen West/Ost gibt. Die Landesvorstände der Vereinigungen treffen sich rollierend jährlich einmal zur Abstimmung.

Als die Landesvereinigungen der MIT in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt am 4. September 1990 in Magdeburg einen Partnerschaftsvertrag unterzeichneten, konnte nie-

mand ahnen, dass dieser auch heute noch Bestand haben sollte. Kürzlich unterzeichneten die beiden Landesvorsitzenden, Werner Lübke und Klaus-Dieter Weber, in Hannover die Urkunde zum 25. Jubiläum.

Die Jubiläumsveranstaltung endete mit guten Gesprächen im Rahmen eines Parlamentarischen Abends in den Räumen der geschichtsträchtigen Villa Tramm in Hannover mit hochrangigen Gästen aus Politik und Verbänden.



Bei schönstem Wetter feierte die MIT Oldenburg ihr Sommerfest im ortsansässigen Yachtclub

Plädoyer für TTIP-Abkommen bei Podiumsdiskussion der Mittelstandsvereinigung

Der Maschinenbau-Unternehmer Siegfried Koepf würde gerne mehr in die USA exportieren - die zusätzlichen Kosten und die Bürokratie lassen ihn und andere Unternehmer aber immer wieder resignieren. Der aus dem Kreis Olpe stammende NRW-Vorsitzende des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau warb daher bei einer Podiumsdiskussion der Mittelstands- und Wirtschaftsvereini-

gung (MIT) am Flughafen Paderborn-Lippstadt für das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). „Hätten wir weniger Hemmnisse im Exportgeschäft mit den USA, wären unsere betrieblichen Erfolge größer und wir könnten sie in Arbeitsplätze umsetzen“, berichtete Siegfried Koepf im Quax-Hangar vor 100 interessierten Zuhörern.

Die Mittelständler erlebten neben dem engagierten Unternehmer auch den heimischen Europaparlamentarier Elmar Brok und Dr. Matthias Heider, Bundestagsabgeordneter aus Lüdenscheid und Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die in aller Deutlichkeit die Chancen des Freihandelsabkommens aufzeigten. Auch Elmar Brok stellte die verbesserten Möglichkeiten des Exports ins Zentrum seiner Argumentation für TTIP: „Kein Land hat einen so großen Nutzen vom Export wie wir. Wenn durch ein solches Abkommen nichttarifäre Handelshemmnisse fallen, wären deutsche Autos in den USA etwa 15 bis 20 Prozent billiger, weil zum Beispiel Unternehmen jede Menge Kosten für Prüfverfahren einsparen könnten“, stellte Elmar Brok klar. Sein Kollege aus dem Bundestag, Dr. Matthias Heider, pflichtete ihm bei und fügte ein gelungenes Beispiel für ein funktionierendes Freihandelsabkommen an: den EU-Binnenmarkt: „Solche Abkommen sorgen für Wachstum. Wir erwarten, damit Produktionskapazitäten in Deutschland zu halten. Trete TTIP in Kraft, könnte die deutsche Wirtschaft jeden Tag allein an Zöllen täglich 50 Millionen einsparen, betonte Matthias Heider. Und der MIT-Kreisvorsitzende Ulrich Lange fügte hinzu: „TTIP wäre ein Paradebeispiel für Bürokratieabbau.“



Wachstum durch TTIP: Paderborns Flughafenchef Dr. Marc Cezanne (l.) und der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung im Kreis Paderborn, Ulrich Lange (r.), begrüßten (v. l.) Dr. Matthias Heider MdB, den NRW-Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, Siegfried Koepf, und Elmar Brok MdB

Der MIT KV Erfurt besuchte am 8. September den im Güterverkehrszentrum Erfurt ansässigen Logistikdienstleister ZALANDO. Der Standort besteht seit 2011 und hat sich seitdem mehr als 2.600 Arbeitsplätzen zu einem der wichtigsten Arbeitgeber der Region entwickelt. Bei einer Betriebsbesichtigung erläuterte der Standortleiter Daniel Behlert das Logistikkonzept. Das Prinzip einer chaotischen Lagerhaltung und die permanente Optimierung der Routenführung bei der Kommissionierung von Bestellungen stießen auf großes Interesse. Die durchschnittliche „Laufleistung“ der Mitarbeiter im Pick-Bereich von über 10 km pro Schicht verdient Hochachtung. Die Be-

hauptung, es gäbe nur gering qualifizierte Arbeitsplätze im Logistikbereich ist ein klares Vorurteil. Neben den Mitarbeitern im internen Logistikbereich besteht ein hoher Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften u.a. für Prozesssteuerung, IT und Lageroptimierung. Hierfür gibt es Hochschulkooperationen und umfassende Weiterbildungsprogramme. In der anschließenden Diskussion kamen aktuelle kommunalpolitische Fragen

zur Sprache. Von Bildungsfreistellungsgesetz über die Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuersätze bis hin zur Integration von Flüchtlingen in Arbeitsprozesse reichten die Themen. Abschließendes Urteil: Ein gelungener **MIT vor Ort**-Termin..



NEUES VON DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



MIT: BASIS stärken!

Der Aktivitätsgrad der MIT-Gliederungen ist sehr vielfältig. Von regelmäßigen Events und erfolgreicher Mitgliederwerbung über gelegentliche Stammtische bis hin zu inaktiven Regionen ist alles dabei. Mit entscheidend ist das ehrenamtliche Engagement vor Ort in den Kreisverbänden. Die MIT hat die Daueraufgabe MIT:BASIS ins Leben gerufen. Ziel ist der stetige Ausbau der Serviceleistungen für die Gliederungen.

In dieser Wahlperiode wurde damit gestartet, tagesaktuelle Flyer, Argumentationshilfen und Präsentationsvorlagen bereitzustellen. Die Kampagnen-Flyer zum Mindestlohn und zur Flexi-Rente waren dabei ebenso erfolgreich wie die groß angelegte Aktion mit Material, Antragsentwürfen und Mustervorlagen zur Abschaffung der Kalten Progression.

Jede Idee zur Verbesserung der Serviceleistungen ist herzlich Willkommen. Teilen Sie dem Team der MIT-Bundesgeschäftsstelle Ihre Vorschläge mit: office@mit-bund.de.

MIT Umzug und Einrichtung auf der Zielgeraden

Die neue MIT-Bundesgeschäftsstelle ist inzwischen fertig gestellt. Die ersten Sitzungen haben stattgefunden und es kamen auch schon erste Besuchergruppen. MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben betont, was die MIT mit dem Raumdesign beabsichtigt: „Jeder soll sehen: Hier wird gearbeitet, wir sind im Aufbruch, und zugleich ist alles freundlich und hell.“ Die MIT-Lounge mit einem Kicker (siehe Foto) soll in Sitzungs-

pausen für Ausgleich sorgen.



MyM@il für MIT – Ihr heißer Draht nach Berlin

Von vielen MIT-Mitgliedern und sonstigen Lesern des Mittelstandsmagazins haben wir keine Email-Adressen. Da viele aktuelle Informationen und Einladungen aus Zeit- und Kostengründen nur noch per Email versandt werden, laden wir Sie herzlich ein: Teilen Sie uns Ihre aktuelle Email-Adresse mit: an.mymail@mit-bund.de und erhalten Sie zukünftig elektronische Post aus dem Berliner Regierungsviertel. Ihre Daten dienen ausschließlich der Verwendung durch die MIT und werden nicht an Dritte weitergegeben.

Der Bundesvorsitzende in den Medien

„Zwar geht es Deutschland derzeit sehr gut: Die Wirtschaft wächst solide, die Arbeitslosigkeit ist gering. Aber die Herausforderungen der nächsten Dekade sind nicht zu übersehen. Die Agenda 2020 soll Deutschland fit halten für den harten internationalen Wettbewerb und wesentlicher Bestandteil des Wahlkampfes der Union zur Bundestagswahl 2017 sein.“

Carsten Linnemann, 10. September 2015, Fuchsbriefe.

„Ich bin strikt dagegen, jetzt einen Sonderarbeitsmarkt für Flüchtlinge zu schaffen. Es wäre ein weiterer Anreiz für die Menschen in den Herkunftsländern, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg nach Deutschland zu machen.“

Carsten Linnemann zur Diskussion um eine Ausnahme von Flüchtlingen vom Mindestlohn, 29. September 2015, Die Welt.



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

03.11.2015, 17:00 Uhr

Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptstadtforum
„Staatspleiten regeln und damit verhindern?“
Berlin

04.11.2015, 18:00 Uhr

MIT Chemnitz
„Politik und Wirtschaft – Parallelwelten?“
Chemnitz

13./14.11.2015, 12:30 Uhr

MIT Bundesverband, 12. Bundesmittelstandstag
„Deutschland kann mehr - Aufbruch in den Chancen-Staat“
Dresden

14.11.2015, 14:00 Uhr

MIT Bundesverband,
konstituierende Bundesvorstandssitzung
Dresden

16.11.2015, 19:00 Uhr

MIT Ravensburg
„Deutschland am Scheideweg -
wo steuert die Wirtschaftspolitik hin?“
Ravensburg

17.11.2015, 19:00 Uhr

MIT Duisburg
„Deutschland geht es gut – warum wir gerade
jetzt mutige Reformen brauchen!“
Duisburg

19.11.2015, 18:00 Uhr

MIT KV Wilhelmshaven, MIT LV Oldenburg,
Hans-Werner Kammer MdB
„Flexi-Rente, Kalte Progression und Co. –
wie die MIT Politik gestaltet!“
Wilhelmshaven

20.11.2015, 09:00 Uhr

Hans-Werner Kammer MdB, MIT KV Wilhelmshaven
„Politik und Wirtschaft – Parallelwelten?“
Wilhelmshaven

20.11.2015, 13:00 Uhr

MIT Bremen
„Wirtschaftspolitik in Deutschland –
Antworten der MIT“
Bremen

20.11.2015

MIT SV Vechta, Martinsgansessen
„Bürokratieabbau, Steuerreform und Co. -
hat die Politik den Mittelstand vergessen?“
Vechta

21.11.2015, 10:00 Uhr

CDU BV Osnabrück-Emsland, Bezirksparteitag
„Ist unsere Wirtschaft fit für die Herausforderungen der Zukunft?“
Aschendorf-Hümmling

30.11.2015, 13:00 Uhr

MIT Bundesverband, Bundesvorstandssitzung
Berlin

Eine ganze Großstadt unterwegs

290.000 unregistrierte Flüchtlinge in Deutschland

Vor meinem Flug nach Pristina (Kosovo) passierte ich in Frankfurt die automatische Passkontrolle: Reisepass scannen, durfte einen Schritt weiter, wurde fotografiert und biometrisch vermessen, Transferbereich. Auf der Rückreise erwarteten in Frankfurt zwei Polizeibeamte bereits auf der Fluggastbrücke die Ankommenden und ließen sich die Pässe zeigen. Im Terminal die gleiche Prozedur wie auf der Hinreise: Pass scannen, Gesicht fotografieren, Sperre passieren. Richtig so, dachte ich, mein Land ist gut geschützt. Es steht ihm zu, genau wissen zu wollen, wer hier aus- und ingeht.

Und dann las ich, dass sich nach einer Schätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge rund 290.000 nicht registrierte Migranten in Deutschland aufhalten. Viele von ihnen kamen ab Ende August ins Land. Ja, dachte ich, Leute, geht's denn noch? Hinzugerechnet die 30.000 unbegleiteten Minderjährigen, die allein 2015 bis jetzt zu uns gekommen sind und von denen eine unbekannte Zahl aus den Heimen, die sie zunächst aufgenommen hatten, spurlos verschwanden. Viele von ihnen sind Straßenkinder, die in ihrer Heimat auf sich allein gestellt waren und glauben, sich auch hier „durchschlagen“ zu können, laut BKA mitunter sogar auf vorhandene „Netzwerke“ zurückgreifen.

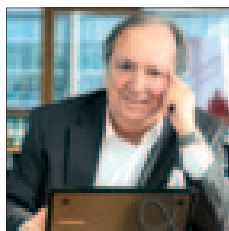
Aber solche Zahlen und Schreckensszenarien lösen in Deutschland keinen Shitstorm der versammelten Gutmenschen aus. Dagegen trifft es jedoch Bürgermeister wie denjenigen aus Hardheim im Odenwald, der sich erlaubt hatte, den Flüchtlingen in seinem Ort einen kleinen Knigge an die Hand zu geben. Seine herzlichen und aufrichtigen Willkommensgrüße verband er mit einer kleinen Regelkunde wie Abfall gehört in entsprechende Behälter, Frauen sind zu respektieren, für die Notdurft haben wir Toiletten, um 22 Uhr ist Nachtruhe und „in Deutschland respektiert man das Eigentum der anderen“. Bürgermeister

und Gemeinde wurden überschwemmt mit unflätigen Anrufen und Mails „edler Mitmenschen“, die alles wissen und kennen, aber wahrscheinlich noch keinen einzigen Flüchtling persönlich.

Wer von Ihnen, liebe Leser, bis zu dieser Seite durchgehalten hat, wird gemerkt haben, dass wir dem Flüchtlingsthema einen Schwerpunkt eingeräumt haben. Es wird uns über kurz oder lang alle betreffen und betreffen – und Wirtschaft und Mittelstand im Besonderen. Wer sonst soll in den nächsten Jahren die vielen arbeitssuchenden Migranten aufnehmen, ausbilden und qualifizieren?

Unsere Wirtschaft natürlich, Unternehmer wie Arbeitnehmer, die zunächst einmal erwirtschaften müssen, was der Staat so großmütig verteilt. Auch bei der überhastet eingefädelt Energie-wende war von Geld zunächst wenig die Rede. Ein Edelgrüner meinte damals, sie koste jeden Deutschen eine Kugel Eis im Monat. Heute wissen wir: Mit Sicherheit werden es hunderte Milliarden Euro.

Ein Letztes: Nicht im Traum hätte ich gedacht, dass unser Rechtsstaat jemals auf die Idee kommen könnte, sich am Eigentum seiner Bürger zu vergreifen! Die traurige Wahrheit ist: Gemeinden kündigen ihnen gehörende Wohnungen wegen Eigenbedarfs, um Flüchtlinge unterzubringen. Städte schauen sich nach leerstehenden Wohnungen zur notfalls auch zwangsweisen Migranten-Unterbringung um. Dem gleichen Zweck dienen Gesetze in Bremen und Hamburg, die es erlauben, leer stehende Gewerbeimmobilien zu beschlagnahmen.



Günter F. Kohl
Chefredakteur und Verleger des Mittelstands Magazins und ehrenamtlicher Betreuer von sieben eritreischen Flüchtlingen an seinem Wohnort

IMPRESSUM **Mittelstands Magazin**

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Schadowstraße 13, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.de
www.mit-magazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Florian Beckert
Telefon: 0 30/22 07 98-17, Telefax: 22 07 98-19
E-Mail: beckert@mit-bund.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titelfoto: dpa/ picture alliance

Unser Foto entstand bei der Ankunft von 2500 Flüchtlingen in Dortmund am 6.9.2015

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)



Ein Land am Rande Europas zwischen Niedergang und Aufbruch

5 Tage Fakten-Check in Athen: Sechs Jahre dauert nun die Agonie der griechischen Wirtschaft. Nicht nur Griechenland selbst hat in dieser Zeit „bluten“ müssen. Auch die Länder der Eurozone haben große Opfer gebracht, um das Land am südlichen Rand Europas nicht dem Niedergang zu überlassen. Wie steht Griechenland heute da? Wie ist die aktuelle Stimmungslage in Wirtschaft und Gesellschaft? Unsere Informationsreise gewährt tiefe Einblicke. Bei Betriebsbesuchen und Gesprächen mit Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft können Sie sich selbst ein realistisches Bild machen. Und natürlich lernen Sie auch die touristischen Highlights der Hauptstadt Athen kennen.

Reiseprogramm

Samstag, 12. März 2016: Flug von Deutschland via Frankfurt nach Athen. Dort erwartet Sie bereits die örtliche, deutschsprachige Reiseleitung und begleitet Sie zum Check-In im Hotel. Am Abend Welcome-Dinner im Hotel.

Sonntag, 13. März 2016: Bei einer Stadtrundfahrt durch Athen sehen Sie u.a. das Syntagma (Bundestag), das Olympische Stadion und natürlich das weltbekannte Wahrzeichen Athens, die Akropolis mit den bedeutenden Bauwerken der Antike. Danach bleibt noch Zeit für einen Spaziergang durch die Gassen der Athener Altstadt. Dort nehmen Sie auch einen typischen griechischen Mittags-Snack ein. Anschließend ist ein Gespräch in der Handelskammer geplant. Am Abend besuchen Sie eine Taverne, wo Sie ein landestypisches Mezze-Menü einnehmen werden.

Montag, 14. März 2016: Heute gehen Sie auf Entdeckungstour durch die Innenstadt und die Altstadt. Die Route führt bis zum Akropolis Museum und zum Restaurant Aegli Zappiou, wo Sie Ihren Mittags-Snack einnehmen. Danach ist ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Botschaft geplant. Anschließend Rückkehr zum Hotel. Abendessen im bekannten Fischrestaurant Varouko.

Dienstag, 15. März 2016: Heute besuchen Sie zwei Produktionsbetriebe (eventuell Triumph, und die Firma BSH, die Hausgeräte für Bosch & Siemens herstellt). Sie erhalten Informationen über die wirtschaftliche Situation in Griechenland. Weiterhin ist ein Gespräch mit Ver-



tretern der Konrad-Adenauer-Stiftung geplant. Nach dem Mittagessen unterwegs in einem Restaurant kehren Sie zurück zum Hotel. Am Abend Transfer zum Restaurant Dionysos, unterhalb der Akropolis gelegen. Bei einem Abschiedsabendessen haben Sie noch einmal Gelegenheit zum Gedankenaustausch.

Mittwoch, 16. März 2016: Bis zur Abfahrt des Busses steht die Zeit zur freien Verfügung. Transfer zum Flughafen und Rückflug via Frankfurt zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise.

Reiseveranstalter

TerraGlobalis

Travel, Incentives, Meetings & Events GmbH
Kunigundastraße 12 • 45131 Essen

Telefon: 02 01/749 115 60
Telefax: 02 01/877 68 07
E-Mail: tg@terraglobalis.de
Web: www.terraglobalis.de



Im Preis enthaltene Leistungen:

- ✓ Flüge Deutschland*–Athen–Deutschland jeweils via Frankfurt mit der Lufthansa in der Economy-Class
 - ✓ Steuern, Gebühren und Luftverkehrssteuer von z.Zt. EUR 116,- (Stand 08/15; evtl. Erhöhungen werden nachberechnet)
 - ✓ Transfers Flughafen–Hotel–Flughafen
 - ✓ 4 Übernachtungen im Hotel Divani Palace Acropolis im Standard-Doppelzimmer mit Bad/DU, WC
 - ✓ Täglich Frühstücksbuffet im Hotel
 - ✓ 3x Mittags-Snacks in örtlichen Restaurants
 - ✓ 3x Abendessen
 - ✓ Abschieds-Dinner in einem Restaurant
 - ✓ Klimatisierter Touristenbus zum Programm
 - ✓ Deutschsprachige Reiseleitung
 - ✓ Besichtigungen laut Programm
 - ✓ Gespräche mit Vertretern der Handelskammer und der Deutschen Botschaft (vorgesehen)
 - ✓ Gespräch mit Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung (vorgesehen)
 - ✓ Besichtigung von zwei Produktionsstätten
 - ✓ Insolvenz-Versicherung
 - ✓ Reiseheft mit allen wichtigen Informationen zur Reise
- *= Anschlussflüge von fast allen großen deutschen Flughäfen via Frankfurt

Reisepreise (ab/bis Frankfurt):

EUR 1.495,-

pro Person im Doppelzimmer (bei Zweierbelegung)
EUR 310,- Einzelzimmer-Zuschlag

Wir empfehlen eine Reiserücktrittskostenversicherung oder ein Komplettschutz-Paket.

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen, die bis zum 10.12.2015 erreicht sein muss.

Hotel Divani Palace Acropolis****
(www.divaniacropolis.com)

Lage: Das Hotel liegt direkt an der weltberühmten Akropolis, der perfekte Ort, um Athens faszinierende Geschichte zu genießen.

Einrichtung: Lobby mit Rezeption, Lift, Restaurant, Bar, Roof Garden Bar und Restaurant, Swimmingpool

Zimmer: Alle 250 Zimmer sind elegant eingerichtet und verfügen über Bad/DU, WC, Haarföhn, Klimaanlage, TV Flachbildschirm, Minibar, Mietsafe, WiFi und Balkon.

Preis-, Programm- und Terminänderung vorbehalten.



Reiseziel: **Griechenland**

Termin: **12.–16. März 2016**

Reisepreis im DZ* pro Person: EUR 1.495,-
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 310,-
(* = Doppelzimmer bei Zweierbelegung)

Zuschlag für Anschlussflüge pro Person: EUR 40,-
(Anschlussflüge von fast allen deutschen großen Flughäfen via Frankfurt.)

Reisenummer TG-16-006-GR

- Bitte senden Sie mir das detaillierte Programm zur Reise vorab.
- Ich bin an zusätzlichen Reiseversicherungen interessiert. Bitte senden Sie mir detaillierte Informationen.

Jetzt informieren
oder gleich buchen!

Bitte in Druckschrift ausfüllen und per Post oder Fax an TerraGlobalis, Kunigundastraße 12, 45131 Essen senden.

Name, Vorname (Anmeldende/r)

Straße:

PLZ und Ort:

Telefon:

Es gelten die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters TerraGlobalis GmbH. Diese sind auf www.terraglobalis.de einsehbar oder auf Wunsch über den Postweg zu erhalten.

JA, ich möchte mit folgenden Personen an der Griechenland-Reise teilnehmen.

Name, Vorname (Teilnehmer 1)

Name, Vorname (Teilnehmer 2)

gewünschter Flughafen (Bitte beachten Sie eventuelle Zuschläge)

Gewünschte Leistungen

Bitte ankreuzen: DZ = Doppelzimmer (bei Zweierbelegung) oder EZ = Einzelzimmer

Teilnehmer 1 DZ EZ Teilnehmer 2 DZ EZ

Datum, Unterschrift

Selbstständig **er.**



Wartung &
Verschleiß-Aktion

KaskoSchutz /
HaftpflichtSchutz

ReifenClever-Paket

Europa Tank &
Service Karte Bonus

Steigern Sie Ihr Potenzial. Mit Professional Class. Volkswagen für Selbstständige.

Genial kombiniert.

KaskoSchutz bekommen Sie zu einem attraktiven Stückbeitrag - unabhängig vom Schadenfreiheitsrabatt. Garantierte Beitragskonstanz während der gesamten Vertragslaufzeit, auch im Schadenfall, ermöglicht Ihnen volle Kostenkontrolle. Sie möchten den KaskoSchutz um eine Kfz-Haftpflichtversicherung ergänzen? Auch dann haben wir mit dem HaftpflichtSchutz das passende Angebot für Sie. Sichern Sie sich diese und weitere professionelle Leistungen rund um das GeschäftsfahrzeugLeasing der Volkswagen Leasing.

Jetzt einsteigen und profitieren: www.volkswagen.de/selbststaendige



Das Auto.

Professional Class
Volkswagen für Selbstständige